

LandtagsNachrichten

Mecklenburg-Vorpommern

■ **Aktuelle Stunde**
Schuldenbremse
in die Landesverfassung?

■ **Debatte**
Dioxin in Futtermitteln

■ **Pro & Kontra**
Lehrer-Referendariat
verkürzen?

■ **Verantwortung**
Gedenktag für die Opfer
des Nationalsozialismus

■ **Neuer Plenarsaal**
Architekten-Wettbewerb
entschieden



16. März
2 / 2011

Seite 3

Spezial

Gedenken an die Opfer
des Nationalsozialismus

Seiten 4 – 5

Aus dem Plenum**Aktuelle Stunde:**

Nachhaltige Finanzpolitik
in Mecklenburg-Vorpommern

Seiten 6 – 9

Weitere Themen:

Vergabegesetz M-V
Stipendienprogramm für
junge Ärzte
Ausbau der Bahnstrecke
Lübeck-Schwerin-Magdeburg
Weitere Beschlüsse

Seiten 10 – 16

Auszüge aus der Debatte:

Dioxin in Futtermitteln

Seiten 17

Pro & Kontra

Lehrer-Referendariat verkürzen?

Seiten 18 – 19

Aus den Ausschüssen**Europa- und Rechtsausschuss**

Anhörung zur Bildung eines
Landesamtes für ambulante
Straffälligenarbeit
AG-Sitzung Parlamentsforum
Südliche Ostsee

Seite 20 – 23

Neuer Plenarsaal

Architektenwettbewerb
entschieden

Seite 24

Chronik

Titelfoto (Uwe Sinnecker)
Frühling im Schweriner
Schlossgarten

Impressum

Herausgeber:

Landtag Mecklenburg-Vorpommern

- Öffentlichkeitsarbeit -

Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin

Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151

E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de

Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion: Referat Öffentlichkeitsarbeit,
Claudia Richter

Layout: Uwe Sinnecker, www.uwe-sinnecker.de

Druck: produktionsbüro TINUS

Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus Platzgründen
haben wir bei der Bezeichnung von Menschen-
gruppen manchmal nur die männliche Form
verwendet. In solchen Fällen ist die weibliche
Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben
nicht in jedem Fall die Meinung des Herausge-
bers wieder. Alle Abbildungen sind urheber-
rechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schrift-
licher Genehmigung des Herausgebers.

Die LandtagsNachrichten können kostenlos
bezogen werden. Bestellungen sind an den
Herausgeber zu richten.

Turbo- Referendariat



Foto: privat

■ Wer über die Zukunft der staatlichen Schulen hierzulande näher nachdenkt, bekommt es mit der Angst zu tun. Mecklenburg-Vorpommern gehen die Lehrer aus. Nicht etwa erst ab 2012, wenn bis zu 400 neue Pädagogen pro Schuljahr eingestellt werden müssen. Schon heute bleiben Lehrerstellen an den Schulen unbesetzt. Zum Beginn des Schuljahres 2010/2011 hat das Bildungsministerium nur 134 Stellen ausgeschrieben. Laut Lehrpersonalkonzept dürfen es 170 sein. Unter den neu eingestellten Lehrern befinden sich nur 48 Berufsanfänger. Die angehenden Lehrer sehen sich lieber woanders um. 12 Bundesländer locken bei Neueinstellung mit Verbeamtung und besseren Verdienstmöglichkeiten. Die Arbeitsbedingungen hierzulande empfinden viele Lehrer als unattraktiv.

Niemand kann den Hochschulabsolventen und ausgebildeten Referendaren also übel nehmen, dass sie Mecklenburg-Vorpommern den Rücken kehren. Bildungsminister Henry Tesch allein dafür verantwortlich zu machen, wäre zu kurz gegriffen. Hinter ihm steht die übrige Landesregierung. SPD und CDU haben es bislang nicht geschafft, die Nachwuchsfrage zufriedenstellend zu lösen und das Land im Lehrer-Wettbewerb gut aufzustellen. Das ist fahrlässig. Das Junglehrerprogramm, das allein mit Vollbeschäftigung lockt, ist vielen Berufsanfängern zu wenig. Das „Starterpaket“ mit einer Umzugspauschale in Höhe von 2.500 Euro ist ein Witz.

Mittlerweile hat das auch Teschs Haus erkannt. Spät, aber immerhin. Es ist das Eingeständnis zu hören, dass die eingerichteten Maßnahmen offenbar nicht reichen. Wer hier geboren und tief verwurzelt ist, wird vielleicht bleiben. Aber aus anderen Bundesländern wird bei diesem mageren Angebot niemand hierher kommen.

Das Ministerium steht unter Druck und muss sich etwas einfallen lassen. Die Reform der Lehrerausbildung kommt da gerade recht. Unter dem Deckmantel einer neuen Struktur werden die Referendare schneller in den Schuldienst geschickt. Lücken werden gefüllt. Das Referendariat soll ab April von zwei auf anderthalb Jahre verkürzt werden. Eine entsprechende Verordnung befindet sich gerade in der Anhörungsphase im Landtag.

Henning Lipski, geb. in Hamm, studierte an der Universität Bremen und an der Università di Bologna, Italien. 2006 Wechsel von Radio Bremen zum Norddeutschen Rundfunk in Schwerin. Seitdem freier Mitarbeiter bei NDR 1 Radio MV, Schwerpunkte: Bildung und Landespolitik.

Es spricht gar nichts gegen eine kompakte und effiziente Ausbildung an den Schulen. Schwer nachvollziehbar ist nur, warum hier der zweite Schritt vor dem ersten gemacht wird. Zunächst sollte das Studium an den Hochschulen neu organisiert werden. Praxisanteile müssen festgeschrieben werden. In den kommenden Jahren werden angehende Lehrer in den Schuldienst gehen, die weniger Praxiserfahrung haben als ihre ausgebildeten Kollegen zuvor. Was hat das noch mit Qualität zu tun? Außerdem bildet Mecklenburg-Vorpommern seit Jahren Lehrer für Schultypen aus, die gar nicht mehr existieren, wie Real- und Hauptschullehrer.

Gewerkschaften und Verbände kritisieren diese Zustände zu Recht. Ein Lehrerbildungsgesetz wird von den regierenden Bildungspolitikern seit mehreren Legislaturperioden angekündigt. Obwohl es so wichtig ist, hat es bislang keine Landesregierung geschafft, das Gesetz auf den Weg zu bringen. Die rot-schwarze Koalition im Landtag gibt sich optimistisch und will ein Lehrerbildungsgesetz noch in dieser Legislatur verabschieden. Die überstürzte Eile wäre gar nicht notwendig gewesen, hätten die Politiker eher angefangen, ihre Hausaufgaben zu machen. Doch daran ist leider nichts mehr zu ändern. Andere müssen das ausbaden. In erster Linie sind das die Referendare an den Schulen. Das System der Seminar-Schulen ist nicht ausgereift. Mentoren sind rar, weil Lehrer mit ihren Aufgaben überlastet sind. Warum sollen sie sich noch um Berufsanfänger kümmern? Referendare fühlen sich nicht gut betreut und sind überfordert. All das geht zu Lasten eines guten Unterrichts und zu Lasten der Schüler. Irgendwann werden wir uns wieder fragen, warum es Mecklenburg-Vorpommern bei den jüngsten Bildungsstudien nicht geschafft hat, weiter nach oben zu klettern. Vorausschauende Bildungspolitik – über Parteigrenzen hinweg – sieht anders aus!

Henning Lipski

Niemand darf wegsehen!

Gedenken im Landtag für die Opfer des Nationalsozialismus

■ Am 27. Januar, dem internationalen Holocaustgedenktag, erinnerte der Landtag Mecklenburg-Vorpommern in einer Gedenkveranstaltung an die Millionen Opfer des Nationalsozialismus. „Die Erinnerung an den Holocaust darf keinem Prozess des Erhaltens und Verblässens unterworfen sein“, sagte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider. Es sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, sich ständig mit der deutschen Vergangenheit und ihren Spuren bis in die Gegenwart auseinanderzusetzen. „Wir müssen uns in Denken und Handeln bemühen, die Einzigartigkeit eines jeden Lebens und die unveräußerliche Würde jedes Menschen zu verinnerlichen, und das Gebot der Hilfe und Mitmenschlichkeit mit Leben erfüllen“, betonte die Politikerin.

Ehrengast der Gedenkveranstaltung war Alexej Heistver. Der heute 70-Jährige überlebte den Holocaust als Kleinkind im Ghetto und späteren Konzentrationslager in der litauischen Stadt Kaunas. Hier wurde er zusammen mit anderen jüdischen Waisenkindern Opfer grausamer medizinischer Experimente.

„Schmerz, Hunger und Angst – das waren die stärksten und ständigen Gefühle, mit denen wir Kinder im Konzentrationslager Tag und Nacht gelebt haben. Wen die Ärzte nicht mehr brauchten, den sahen wir kurz nach der letzten Blutabnahme oder nach der Untersuchungsspritze nie wieder“, sagte er. Heistver, der nach der Auflösung der Sowjetunion wie Tausende jüdische Immigranten nach Deutschland kam, trägt mit der „Vereinigung der überlebenden Opfer des Holocaust aus der ehemaligen Sowjetunion“ Erinnerungen von Überlebenden zusammen, um insbesondere die junge Generation zu Menschlichkeit und Verantwortung für die Zukunft zu erziehen. „Wir versuchen zu zeigen, dass die Opfer konkrete Leute waren, mit ihren Kindern und Eltern. Hätten sie weiter leben



Sylvia Bretschneider mit den Holocaust-Überlebenden Esther Bauer und Dr. Alexej Heistver.

können, würden sie ihre Felder bestellt, Häuser gebaut, Maschinen konstruiert oder Bücher geschrieben haben. Doch sie hatten laut NS-Gesetze darauf kein Recht, ihr Leben galt als unwert.“ Heute frage sich der denkende Mensch: Muss ich mich schämen, Deutscher zu sein? Sind deutsche Jugendliche heute verantwortlich für die Verbrechen, die ihre Urgroßeltern und Großeltern begangen haben? „Ich und meine Mitbrüder glauben: NEIN“, so Heistver mit Nachdruck. Mit Sorge und Unverständnis sehe er jedoch die Vorkommnisse in dem Dorf Jamel unweit von Wismar. Dieses Dorf mache seit Jahren durch Neonazis Negativschlagzeilen. „Es ist widernatürlich, im heutigen demokratischen Staat zu sehen, wie Nachbarn und Besucher mit ‚Heil Hitler‘ begrüßt werden“, so Heistver. Für den Langmut der deutschen Politik und der Behörden gegenüber den Neonazis habe er kein Verständnis.

Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider erinnerte in ihrer Rede daran, dass es auch in den Jahren vor 1933 aufrechte Bürger gegeben habe, die sich den Predigern autoritären nationalen Hasses entgegenstellten. Als prominentes Beispiel nannte sie Johannes Stelling, der in Mecklenburg-Schwerin Minister und Ministerpräsident war und am 21. Juni 1933 von SA-Männern aus seiner Wohnung verschleppt, misshandelt und ermordet wurde. „Es ist für mich beschämend, dass es heute, gerade auch in Mecklenburg-Vorpommern, wieder Rechtsextremisten gibt, die kein Hehl aus ihrer menschenverachtenden Gesinnung machen und sich offen und ohne Scheu zum Nationalsozialismus bekennen“, sagte

die Politikerin. Die demokratischen Landtagsfraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und FDP hätten sich mit dem Einzug der NPD in den Landtag geschlossen gegen Rechtsextremismus, Fremdenhass und jegliche politische Gewalt positioniert, betonte sie. Gleichwohl könne es nicht die Aufgabe eines Landesparlamentes allein sein, dem Rechtsextremismus die Stirn zu bieten. „Wir alle gemeinsam müssen ausländerfeindliche, rechtsextreme und antisemitische Gedanken und Gewalt offen und couragiert abwehren“, forderte Bretschneider. Niemand dürfe wegsehen, wenn Gewalt gegen Menschen verübt werde – egal, ob der Anlass deren Hautfarbe, deren religiöse und politische Überzeugung oder deren Behinderung sei.

In einer Schweigeminute gedachten die Teilnehmer der Veranstaltung aller Opfer der rassistischen, nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.

Verfemte Musik

Die künstlerische Umrahmung der Gedenkstunde gestalteten Preisträgerinnen des internationalen Wettbewerbs „Verfemte Musik“ Schwerin 2010. Leona Röttsch (Querflöte), Anne Haasch (Gitarre), Sabina Egea Sobral (Saxophon) und Jung-Youn Kum (Klavier) spielten Werke von Paul Hindemith, Alexandre Tansman und Günter Raphael. Der Landtag dankt dem Verein Jeunesses Musicales, Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e.V., sowie Herrn Volker Ahmels, Leiter des Konservatoriums Schwerin und des Zentrums für Verfemte Musik an der Hochschule für Musik und Theater in Rostock, für die Unterstützung.

Kontroverse Diskussion über Schuldenbremse

Aktuelle Stunde im Landtag zu Haushaltspolitik

■ Die SPD-Fraktion setzte sich in der von ihr beantragten Aktuellen Stunde am 26. Januar für eine neue Schuldenregel in der Haushaltspolitik ein. Sie forderte, eine verbindliche Schuldenbremse in der Landesverfassung zu verankern. Unterstützung fanden die Sozialdemokraten für ihr Anliegen beim Koalitionspartner CDU und im Grundsatz auch bei der oppositionellen FDP.



Rudolf Borchert (SPD)



Helmut Holter (DIE LINKE)



Ministerpräsident Erwin Sellering

Fotos: Uwe Balewski

„Wir werden auch zukünftig unseren Landeshaushalt ohne neue Kredite ausgleichen“, sagte der Finanzexperte der SPD-Fraktion, **Rudolf Borchert**. Das müsse sowohl in der Verfassung als auch in der Landeshaushaltsordnung festgelegt werden. In Notsituationen müsse es aber möglich sein, „in sehr beschränkten Ausnahmen“ und mit einem Tilgungsplan, Schulden aufzunehmen. Das Budgetrecht des Landtages dürfe nicht eingeschränkt werden. Deshalb brauche Mecklenburg-Vorpommern eine eigenständige Schuldenregel. Der Bund dürfe laut der 2009 im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse noch 0,35 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt, also acht bis neun Milliarden Euro pro Jahr, an Schulden machen, erklärte Borchert. Sollte Mecklenburg-Vorpommern keine eigene Regelung in der Landesverfassung treffen, drohe ab 2020 ein Verschuldungsverbot ohne Ausnahme.

Von einer „Scheindebatte“ sprach dagegen der Chef der Linksfraktion, **Helmut Holter**. Es gehe SPD und CDU nur um die Frage, wer der beste (Schulden-)Bremsler ist. DIE LINKE stehe für eine solide Haushaltspolitik. Die Schuldenbremse sei bereits im Grundgesetz geregelt und eine

Änderung der Verfassung nicht nötig. Seine Fraktion wolle zudem die Rechte der Kommunen auf eine angemessene Finanzausstattung stärken. Die Folgen der Schuldenbremse für Bürger und Kommunen müssten bedacht werden. Er warf der SPD vor, lediglich die „Deutungshoheit“ in dieser Frage haben zu wollen. Aber wie „ganz konkret solide Haushaltspolitik“ aussehen soll, darüber werde nicht geredet. Die Schuldenbremse im Grundgesetz greife in die Haushaltsautonomie der Bundesländer ein. Die Länder könnten jetzt erst mal den Ausgang der Verfassungsklage aus Schleswig-Holstein gegen die Grundgesetzänderung abwarten.

Ministerpräsident **Erwin Sellering** wandte sich besonders an die Linke. Diese reklamiere zu Recht, ebenfalls für eine solide Finanzpolitik zu stehen, sagte der Regierungschef. Andererseits habe der Vorsitzende der Linksfraktion, Helmut Holter, den Verzicht der Landesregierung auf eine Kreditaufnahme in der zurückliegenden Krise kritisiert und eine Beteiligung des Landes an Werften gefordert. „Herr Holter, sagen Sie, wo Sie stehen!“, sagte Sellering. Er erklärte, er sei gegen die Schuldenbremse im Grundgesetz

gewesen, weil damit Mecklenburg-Vorpommern zur Zahlung von Konsolidierungshilfen für andere hoch verschuldete Länder verpflichtet worden sei. Die Schuldenregel habe er aber begrüßt. Er erinnerte an das Auslaufen des Solidarpakts bis 2019 und den zu erwartenden Rückgang der EU-Förderung. Das Land unternehme gewaltige Anstrengungen, um mit weniger Geld auszukommen. Es baue 10.000 Stellen sozialverträglich ab und reformiere die Verwaltung, sagte Sellering.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, **Harry Glawe**, bot der Opposition Gespräche an. Die Koalition wolle eine „konsens-



Harry Glawe (CDU)

Schuldenbremse

Im Rahmen der Föderalismusreform II hat der Bundestag am 29. Mai 2009 das „Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes“ verabschiedet, mit dem unter anderem die sogenannte Schuldenbremse festgeschrieben wurde. Bund und Länder sind danach verpflichtet, in Zukunft grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszukommen. Die Neuregelungen (Art. 109 und Art. 115 GG) gelten für Bund und Länder ab dem Jahr 2011. Im Rahmen einer Übergangsregelung (Art. 143d Abs. 1 GG) ist festgelegt, dass für den Bund noch bis einschließlich 2015 und für die Län-

der bis einschließlich 2019 Abweichungen möglich sind. Das Kreditaufnahmeverbot gilt jedoch nicht absolut. Beim Bund ist eine strukturelle Verschuldung in Höhe von maximal 0,35 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zulässig. Eine konjunkturbedingte Erhöhung der Kreditaufnahme in Abschwungphasen muss in Aufschwungphasen wieder ausgeglichen werden. Schleswig-Holstein hat vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Schuldenbremse im Grundgesetz geklagt mit der Begründung, der Bund greife damit in die Finanzhoheit und das Haushaltsrecht der Länder ein.

orientierte Lösung“ und werde im März oder April einen Entwurf zur Änderung der Landesverfassung in den Landtag einbringen. Die Änderung kann nur mit Zweidrittelmehrheit verabschiedet werden, für die der rot-schwarzen Koalition drei Stimmen fehlen. Glawe erklärte, bei der Linken könne er noch keine Anzeichen für eine Zustimmung sehen. Er kritisierte scharf die Bilanz des ehemaligen Arbeitsministers Holter. Der CDU-Fraktionschef äußerte sich zuversichtlich, dass die FDP-Fraktion für die Verfassungsänderung votieren werde. Es sei vor allem mit Blick auf künftige Generationen richtig, eine Schuldenbremse in die Landesverfassung einzubauen. „Auch wenn im Grundgesetz Dinge geregelt sind, brauchen wir für Mecklenburg-Vorpommern ein wichtiges, das wichtigste Signal für die Zukunft.“

FDP-Fraktionschef **Michael Roof** warf Sellering ein „Slalomlaufen“ bei dem Thema vor. Damit spielte er auf das Nein des Ministerpräsidenten bei der Verabschiedung der Schuldenbremse im Bundesrat 2009 an. Die FDP befürworte die Aufnahme der Schuldenregel in die Landesverfassung. Es müssten aber die Kommunen mit einbezogen werden.

Diese seien in den vergangenen Jahren die „Leidtragenden“ der Landespolitik gewesen. „Die Landesregierung hat sich teilweise zulasten der Kommunen einen ausgeglichenen Haushalt herangespart“, kritisierte er. Im Landeshaushalt müsse mit dem kaufmännischen Buchhaltungssystem der Doppik mehr Transparenz geschaffen werden. Die Schuldenbremse müsse nachvollziehbar sein. Zudem sollen alle „Nebenhaushalte“ in einemeteiligungsbericht offengelegt werden. Damit bezog sich Roof auf Unternehmensanteile des Landes.

Trotz des ausgeglichenen Haushalts betrage die Gesamtverschuldung des Landes derzeit 9,7 Milliarden Euro, sagte NPD-Fraktionschef **Udo Pastörs**. Auch die Pro-Kopf-Verschuldung habe eine „schwindelerregende Höhe“ erreicht. Sie sei auf fast 6.000 Euro gestiegen, „weil im Jahre 2009 nicht weniger als 13.000 Einwohner vor Ihrer Politik aus dem Land geflüchtet sind oder regelrecht herausgeekelt wurden“, betonte er. Tatsache sei auch, „dass die Infrastruktur verfault in diesem Land, dass die Bildungslandschaft in Trümmern liegt“. Er warf der Regierung vor: „Sie haben hier einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt, weil

Sie das Land ganz einfach verfaulen lassen.“ Die Schuldenbremse sei nichts weiter als „rhetorisches Geklingel angesichts der Wahlen, die wir in diesem Jahr hier in Mecklenburg-Vorpommern auszufechten haben“. Er schloss eine Zustimmung seiner Fraktion zur Schuldenbremse aus.

Nach Auffassung des CDU-Abgeordneten **Egbert Liskow** muss die solide Haushaltspolitik der vergangenen Jahre fortgesetzt werden. Da sei eine Selbstverpflichtung des Parlaments wichtig. Die Schuldenbremse solle noch in dieser Legislaturperiode in die Landesverfassung aufgenommen werden. Die FDP habe zwar Zustimmung für eine Verfassungsänderung signalisiert, aber die Hürden dafür sehr hoch gesetzt. Das System Doppik sei sicher auch auf den Landeshaushalt übertragbar. Und über die geforderten Entschuldungsfonds für Kommunen könne man ebenfalls reden, kam er den Liberalen entgegen. Das Land müsse die Kommunen so mit Geld ausstatten, dass sie ihre Aufgaben erfüllen können. Es sei wichtig, „dass wir natürlich diese Selbstverpflichtung eingehen, um das Budgetrecht des Landesparlamentes einzuhalten“ und keine neuen Schulden zu machen.



Michael Roof (FDP)



Udo Pastörs (NPD)



Egbert Liskow (CDU)

Fotos: Uwe Balewski

Vergabegesetz

DIE LINKE fordert Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde

■ **Aufträge der öffentlichen Hand sollen nach dem Willen der Linksfraktion im Landtag künftig nur an Unternehmen gehen, die ihren Mitarbeitern wenigstens zehn Euro Stundenlohn zahlen. Eine solche Regelung in einem Vergabegesetz würde dem EU-Recht nicht widersprechen, sagte Linksfraktionschef Helmut Holter, der den Gesetzentwurf am 26. Januar in den Landtag einbrachte. DIE LINKE will außerdem soziale Standards wie die Gleichbehandlung von Frauen und Behinderten festschreiben sowie die Auftragnehmer auf ökologische Prinzipien verpflichten. Gelten sollen die Vorschriften für Aufträge ab einem Wert von 10.000 Euro. Die Einhaltung des Gesetzes soll eine „Sonderkommission“ kontrollieren.**

Wirtschaftsminister **Jürgen Seidel** warf der Linken vor, ihre gesamten politischen Ziele über das Vergabegesetz verwirklichen zu wollen. Es werde in dem Entwurf deutlich, dass die Linke die soziale Marktwirtschaft überwinden wolle. Der Minister erinnerte an die Äußerung der Linken-Bundesvorsitzenden Gesine Löttsch, die über „Wege zum Kommunismus“ geschrieben hatte. Die Linke sehe Unternehmer als Ausbeuter, die man ständig zur Einhaltung der Gesetze auffordern müsse, und stelle sie unter Generalverdacht. Die „Sonderkommission“ erinnere ihn an die „Arbeiter- und Bauerninspektion“ der DDR. Der Gesetzentwurf sei wenig hilfreich. Um ihn aber demokratisch diskutieren zu können, solle er trotzdem zur Beratung in die Ausschüsse überwiesen werden.

Gerade für kleinere Unternehmen kann nach Auffassung von **Jochen Schulte**, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD, ein Vergabegesetz hilfreich sein. Dabei dürften aber keine zusätzlichen bürokrati-

tischen Hürden aufgebaut werden. Eine „Sonderkommission“ hält er für überflüssig. Schließlich gebe es den Landesrechnungshof. Auch die SPD sei für einen Mindestlohn. Aber ob zehn Euro pro Stunde umsetzbar sind, müsse diskutiert werden. Er sprach sich ebenfalls für eine Beratung des Entwurfs aus.

Erst wenige Tage vor der Landtagsitzung hatten sich SPD und CDU auf ein

Standards einzuhalten. Deshalb werde seine Fraktion im März ein komplett überarbeitetes Mittelstandförderungs-Gesetz vorlegen. „Wir brauchen keine neuen Gesetze“, sagte er, „wir müssen nur die vorhandenen modernisieren.“ Seine Fraktion stimme der Beratung des Linke-Vorschlags trotzdem zu.

Wolfgang Waldmüller (CDU) sprach sich gegen einen Mindestlohn von zehn Euro aus. Natürlich sei auch seine Fraktion gegen Dumpingangebote. Aber die Linke „schießt mit ihren Vorschlägen über das Ziel hinaus“. Bestimmte Standards wie Chancengleichheit gehören seiner Meinung nach nicht in ein Vergabeverfahren. So würden kleinere Unternehmen de facto bei der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen. Dennoch sollte der Entwurf beraten werden, sagte er.

Die NPD fordert Fraktionschef **Udo Pastörs** zufolge schon länger einen Mindestlohn von 8,80 Euro. Der Linken warf er vor, zu bejammern, was sie „selbst herbeigeführt“ habe. Das Schengen-Abkommen und die EU-Politik würden es ermöglichen, dass osteuropäische Lohndrucker-Kolonnen Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt bekommen. In den einzelnen EU-Ländern herrschen seiner Auffassung nach zu unterschiedliche Sozialstandards. Zehn

Euro bedeuteten in Polen beispielsweise eine andere Kaufkraft als hier. Der einzige Ausweg sei der Austritt Deutschlands aus der EU.

Linksfraktionschef **Helmut Holter** sagte in seiner Debattenrede: „Wir wollen die EU stark machen“. Dafür müsse man mitgestalten und überall sozial akzeptable Standards einführen. Er sprach sich dafür aus, beide Gesetzentwürfe parallel zu beraten, und fügte hinzu: „Ich bin von unserem überzeugt.“

Der Landtag überwies den Antrag mit großer Mehrheit zur Beratung an die Ausschüsse.

Drucksache 5/4076



Foto: Jens Büttner

eigenes Vergabegesetz geeinigt, das auf den öffentlichen Nahverkehr beschränkt sein soll. Dieser ist nach EU-Recht vom freien Wettbewerb ausgenommen. Beide Entwürfe sollen zusammen beraten werden.

FDP-Fraktionschef **Michael Roolf** hält beide Gesetzentwürfe für falsch. „Mecklenburg-Vorpommern braucht kein Vergabegesetz“, sagte er. Zurzeit würden gerade Buslinien im Nahverkehr europaweit ausgeschrieben, und alle Bewerber müssten sich verpflichten, sich an das im Land geltende Tarifniveau zu halten. Statt mit Sanktionen zu drohen, sollten Unternehmer motiviert werden, bestimmte

Ärztewachstum gewinnen

FDP will Möglichkeiten für Stipendienprogramm prüfen lassen

■ **Mecklenburg-Vorpommern brauche mehr Landärzte, hieß es am 26. Januar fraktionsübergreifend im Landtag. Über die Wege dorthin gab es allerdings unterschiedliche Auffassungen. Die Liberalen forderten die Landesregierung auf, die Einführung von Stipendien für Medizinstudenten zu prüfen.**

In den Genuss des Geldes sollten angehende Mediziner kommen, die nach dem Studium mindestens fünf Jahre lang eine freie Arztstelle im ländlichen Raum zwischen Ostseeküste und Seenplatte übernehmen, sagte FDP-Fraktionschef **Michael Roof**. Als erster Landkreis habe sich Nordvorpommern entschlossen, Studenten während der Facharztbildung an den Unis in Greifswald und Rostock monatlich 500 Euro zukommen zu lassen, wenn sie nach Abschluss des Studiums mindestens vier Jahre als niedergelassener Arzt oder Amtsarzt in der Region arbeiten. Man brauche aber einheitliche Standards im Land, betonte Roof. Auch Kreisen, die keinen ausgeglichenen Haushalt haben, müsste die Möglichkeit für ein Stipendienprogramm eröffnet werden. Der Landtag solle dafür die Rahmenbedingungen schaffen.

Sozialministerin **Manuela Schwesig** hat in der Debatte die Kassenärztliche Vereinigung aufgefordert, mehr als bisher gegen den Ärztemangel in Mecklenburg-Vorpommern zu tun. Die Vereinigung gebe lediglich 0,1 Prozent des zuletzt stark gestiegenen Honorarvolumens aus, um junge Mediziner für eine Niederlassung im Nordosten zu gewinnen, sagte die Ministerin. „So kann es nicht bleiben.“ Selbst wenn es gelänge, die Summe auf ein Prozent des Honorarvolumens zu erhöhen, wäre das nicht zu viel, meinte sie.

Die Kassenärztliche Vereinigung unterstützt bislang junge Ärzte, die sich in einem von Unterversorgung bedrohten Gebiet mit einer Praxis niederlassen wollen, unter anderem mit 50.000 Euro bei den nötigen Investitionen. Schwesig zufolge ist ein ganzes Bündel von Maßnah-



Fotos: Jens Büttner

men gegen den Ärztemangel nötig. Stipendien für Medizinstudenten erwiesen sich in Sachsen, wo schon damit gearbeitet werde, als schwierig. Das Modell werde von den Studenten nur zurückhaltend angenommen, weil sich die jungen Leute nicht schon zu Beginn ihres Studiums festlegen wollen, Allgemeinmediziner zu werden. In Mecklenburg-Vorpommern sieht Schwesig die Kommunen kaum in der Lage, Stipendien über mehr als 20.000 Euro aufzubringen.

Auch **Dr. Marianne Linke** (DIE LINKE) sieht die Hauptverantwortung für die Sicherung der flächendeckenden ärztlichen Versorgung bei der Kassenärztlichen Vereinigung. Niedergelassene Ärzte in Mecklenburg-Vorpommern gehören ihren Aussagen nach deutschlandweit zu den Spitzenverdienern. Man müsse die Absolventen befragen, warum sie dennoch nicht im Land bleiben wollen. Die FDP rufe nach Steuergeldern, kritisierte sie und fragte, wie das verantwortet werden solle. Sie sprach sich für eine Beratung des Antrages mit Fachleuten im Sozialausschuss aus. Das wurde im Anschluss an die Debatte mehrheitlich abgelehnt.

Stefan Köster (NPD) hält den FDP-Antrag für überflüssig. Besser wären seiner Meinung nach konkrete Forderungen und konkrete Zahlen. Außerdem setze der Antrag viel zu spät bei den Studenten an. Deutschlandweit müsse zudem eine vernünftige Verteilung der Ärzte angestrebt werden. Osteuropäische Mediziner als Lückenfüller einzusetzen, sei der falsche Weg. Er kritisierte auch den FDP-Minister Philipp Rösler für seine Gesundheitspolitik auf Bundesebene.

CDU-Fraktionschef **Harry Glawe** forderte die Kassenärztliche Vereinigung ebenfalls zu mehr Unterstützung auf. Die Qualität der medizinischen Versorgung

werde zunehmend zum Standortfaktor für Einwohner und Touristen. Er verteidigte den Entschluss seines Heimatkreises Nordvorpommern, Medizinstudenten während der Facharztbildung mit einem Stipendium zu unterstützen. Etwa 60 bis 70 der Studenten würden das Physikikum, das der Facharztbildung vorangeht, bestehen. An diejenigen richte sich das Angebot – und dabei vor allem an die Studenten, die aus Mecklenburg-Vorpommern kommen.

Die Kassenärztliche Vereinigung habe bereits etwas gegen den Hausarzt-Mangel getan, sagte **Ralf Grabow** (FDP). Er verwies auf die landesweit erste Professur für Allgemeinmedizin, die mit Hilfe der Organisation 2009 an der Universität Rostock geschaffen wurde. Die Kassenärztliche Vereinigung unterstütze den Lehrstuhl sechs Jahre lang finanziell. Jetzt sei die Landesregierung gefragt, sagte er und warb um Zustimmung zum Antrag seiner Fraktion. Dieser wurde dennoch mehrheitlich abgelehnt.

[Drucksache 5/4055](#)

FDP-Antrag zum Masterplan scheitert

Die FDP-Fraktion beantragte am 27. Januar, den Masterplan zur Sicherung der flächendeckenden ärztlichen Versorgung im Land zu überarbeiten. Der Plan stamme aus dem Jahr 2005 und müsse angesichts der aktuellen Entwicklung angepasst werden. So würden Nachwuchsmangel, aber auch strukturelle Veränderungen wie die Novellierung des Landeskrankenhausesgesetzes, das Land vor neue Herausforderungen stellen. Der Antrag wurde abgelehnt.

[Drucksache 5/4058](#)

Bahnstrecken- ausbau

**Land bei Fehmarnbelt-Querung
nicht ausbremsen**

■ **Mecklenburg-Vorpommern soll nicht auf der Strecke bleiben. Die Koalitionsfraktionen SPD und CDU haben am 27. Januar den Ausbau der Bahnverbindung Lübeck-Schwerin-Magdeburg gefordert.**

Damit werde das Land nicht ausgebremst, wenn künftig eine feste Querung über den Fehmarnbelt Dänemark und Deutschland verbindet, begründete der SPD-Verkehrsexperte **Jochen Schulte**. Das Parlament, das dem Antrag mit der Mehrheit aller demokratischen Fraktionen zustimmte, forderte die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für diese Alternative einzusetzen. Bislang sieht ein Staatsvertrag vor, mit der geplanten Ostsee-Querung die überlastete Bahnstrecke Hamburg-Lübeck zu erweitern. Dort gebe es aber bereits jetzt Staus und Verspätungen. Die nun vorgeschlagene Variante böte eine enorme Entlastung, sagte Schulte. Dazu seien der zweigleisige Ausbau und die Elektrifizierung der Strecke Lübeck-Bad Kleinen sowie der Lückenschluss Schönberg-Rehna nötig. So würden Mecklenburg-Vorpommern und insbesondere Schwerin besser an Schleswig-Holstein und den skandinavischen Raum angebunden. Damit könnte Schwerin auch endlich einen ICE-Halt bekommen und wäre wesentlich besser als jetzt an das nationale und internationale Schienennetz angebunden, betonte der SPD-Politiker. Der Streckenausbau solle aber nicht zulasten anderer Bahnprojekte vorgenommen werden.

Verkehrsminister **Volker Schlotmann** setzte sich in seiner Rede ebenfalls für den Ausbau der Bahnstrecke Lübeck-Schwerin-Magdeburg ein. Dann könnten Fahrgäste in weniger als einer Stunde mit der Bahn von Schwerin nach Lübeck fahren. Sie müssten nicht mehr in Bad Kleinen umsteigen. Heute dauere die Verbindung noch rund eine Stunde und zehn Minuten. Auch er betonte, wie wichtig ein ICE-Halt für die Landeshauptstadt wäre. Der Ausbau der Bahnstrecke sei schon zwischen Bund und Bahn ver-



Foto: Jens Büttner

einbart. In der Planung fehle allerdings bisher der Abschnitt Lübeck-Schwerin mit der Verbindungskurve bei Bad Kleinen. Nur damit mache die Strecke wirklich Sinn, sagte der Minister. Dem Projekt müsse nun, da die Entscheidung für die Fehmarnbelt-Querung gefallen ist, höhere Priorität eingeräumt werden. Nach Ansicht von **Birgit Schwebs** (DIE LINKE) enthält der Antrag berechnete Forderungen. Allerdings befürchtet sie, dass die Einflussmöglichkeiten des Landes wegen der bekanntermaßen knappen Gelder für den Bahnausbau gering seien. Sie signalisierte, dass ihre Fraktion zustimmen werde, wenn in den Antrag aufgenommen wird, dass der Streckenausbau nicht zulasten anderer Bahnprojekte in Mecklenburg-Vorpommern geht. **Peter Stein** (CDU) betonte, dass mit dem Ausbau und der Modernisierung der Tras-

se von Lübeck Richtung Südosten ebenfalls Gütertransporte von der Straße auf die Schiene verlagert werden könnten. Auch die Wirtschaft in Nordwestmecklenburg und Ludwigslust würde davon profitieren.

FDP-Fraktionschef **Michael Rooff** findet das „Engagement“ der Koalitionsfraktionen „klasse“, fragt aber: „Warum jetzt?“. Lieber hätte er erst im Verkehrsausschuss mit Experten über die verschiedenen Varianten diskutiert, um dann einen gemeinsamen Antrag der demokratischen Fraktionen zu verabschieden. Dennoch werde die FDP zustimmen.

Birger Lüssow (NPD) warnte davor, den zweiten Schritt vor dem ersten zu gehen. Zunächst müsse es eine Wirtschaftlichkeitsprüfung geben. Dann hätten die Forderungen mehr Gewicht.

[Drucksache 5/4046](#)

Fehmarnbelt-Querung

Der Fehmarnbelt ist die Meerenge in der westlichen Ostsee zwischen den Inseln Fehmarn (Deutschland) und Lolland (Dänemark). Dänemark plant, eine mautfinanzierte feste Verbindung vom dänischen Rödby nach Puttgarden zu bauen. Die 19 Kilometer lange Querung soll mit dem Ausbau der Schienen- und Straßenhinterlandanbindungen in Deutschland und Dänemark verknüpft werden. Die Betreibergesellschaft wollte Ende 2012 mit den Bauarbeiten beginnen; 2018 sollte das Projekt mit vier Fahrspuren und zwei Eisenbahngleisen fertig gestellt sein. Mittlerweile wurden diese Daten aber nach hinten verschoben. Zudem ist statt der zunächst favorisierten Brücke ein Tunnel in der Diskussion. Kritiker führen zahlreiche verkehrspolitische, ökonomische und ökologische Gründe gegen das Vorhaben an.

Weitere Beschlüsse des Landtages

Nahverkehrsgesetz

■ Der Landtag hat auf seiner Sitzung am 26. Januar eine Gesetzesnovelle über den Öffentlichen Personennahverkehr beschlossen. Mit der Kreisreform ergeben sich Änderungen bei der Trägerschaft im Nahverkehr – unter anderem für die bislang kreisfreien Städte, die nun in einen neuen Landkreis eingegliedert werden. Die Städte sollen nun noch bis Ende 2014 für den Nahverkehr zuständig sein. Bislang war eine Aufgabenübertragung bereits zum Juli 2012 geplant. Mit der Verlängerung der Übergangsfrist kann der Regional- und Stadtverkehr in den neuen Landkreisen nach einem einheitlichen Nahverkehrsplan besser koordiniert werden.

Drucksache 5/3811

Berlin-Usedom direkt



Foto: Dirk Lange

Befürworter des Wiederaufbaus der Karniner Brücke warben am 28. Januar vor dem Schweriner Schloss mit einem Brückenmodell für das Bahnprojekt.

■ Künftig soll die Bahn direkt von der Insel Usedom nach Berlin fahren. Der Landtag hat am 28. Januar einstimmig die Wiederherstellung der Verbindung gefordert. Dafür soll die Karniner Brücke über den Peenestrom wieder aufgebaut werden. Die Koalitionsfraktionen SPD/CDU hatten den Antrag eingebracht. Der Neubau der 43 Kilometer langen Verbindung zwischen Ducherow (Ostvorpommern) an der IC-Strecke Berlin-Stralsund und Swinemünde (Polen) würde nach Angaben aus dem Verkehrsministerium 140 Millionen Euro kosten. Die Finanzierung der internationalen Fernverbindung soll der Bund übernehmen. Zu prüfen sei, ob die EU Fördermittel zur Verfügung stellen würde. Teile der Brücke waren zehn Tage vor Ende des Zweiten Weltkriegs von der Wehrmacht zerstört worden, um den Vormarsch der Roten Armee zu bremsen. Der mittlere Teil mit der Hubkonstruktion blieb aber in dem Meeresarm, der das Stettiner Haff mit der Ostsee verbindet, stehen.

Drucksache 5/4049

Lehrerbildung reformieren

■ Das Referendariat für angehende Lehrer soll künftig von zwei auf anderthalb Jahre verkürzt werden. Die Koalitionsfraktionen SPD und CDU legten am 26. Januar einen entsprechenden Ge-

setzentwurf vor, der im Bildungsausschuss beraten werden soll. (Am 24. Februar führte der Ausschuss hierzu eine Öffentliche Expertenanhörung durch. die Red.) Das Gesetz sei nötig, um bereits zum nächsten Einstellungstermin am 1. April mehr Referendare beschäftigen zu können, hieß es zur Begründung. Die Koalitionsfraktionen wollen bereits im März dem Landtag ein neues Lehrerbildungsgesetz vorlegen.

Drucksache 5/4045

Zielvereinbarungen mit Hochschulen

■ Die Abgeordneten haben auf der Landtagsitzung am 26. Januar den Zielvereinbarungen des Landes mit den Hochschulen zugestimmt. Am 11. Januar waren solche Vereinbarungen von Bildungsminister Henry Tesch und den Rektoren der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, der Universität Rostock, der Hochschule für Musik und Theater Rostock, der Hochschule Neubrandenburg, der Fachhochschule Stralsund sowie der Hochschule Wismar unterzeichnet worden. Laut Hochschulgesetz ist die Zustimmung des Parlaments zu den Zielvereinbarungen nötig.

Die Zielvereinbarungen sollen die Entwicklung der Hochschulen für den Zeitraum von 2011 bis 2015 bestimmen. Darin festgehalten sind die verbindlichen Leistungen des Landes wie etwa Budget, konkrete Hochschulbaumaßnahmen und Projektmittel. Die Hochschulen ihrerseits verpflichten sich zu Maßnahmen der Qualitätsentwicklung, Profilierung und Schwerpunktsetzung in Forschung und Lehre. Übergreifende Landes-Schwerpunkte sollen im Ausbau der Gesundheitswissenschaften und der Modernisierung der Lehrerbildung liegen. Im Vorfeld hatten Pläne des Bildungsministers, die Studiengänge zur Lehrerbildung an der Universität Greifswald zu schließen, für Unmut gesorgt. Diese wurden aber auf Eis gelegt. Dennoch wird sich die Ausbildung von Lehrern zukünftig auf die Universität Rostock konzentrieren, wo es bereits ein Zentrum für Lehrerbildung und Bildungsforschung gibt.

Drucksache 5/4052

Immunität aufgehoben

■ Das Landesparlament hat am 26. Januar die parlamentarische Immunität von NPD-Fraktionschef Udo Pastörs aufgehoben und damit den Weg für eine neue Anklage freigemacht. Mit Ausnahme der NPD-Vertreter stimmten alle Abgeordneten dafür, der Staatsanwaltschaft Schwerin eine Anklageerhebung zu erlauben. Die Behörde ermittelt derzeit wegen des Verdachts der Volksverhetzung, Verleumdung und der Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener. Die Linksfraktion hatte Pastörs wegen eines Zwischenrufs im Januar 2010 angezeigt. Laut Protokoll der Sitzung hatte der NPD-Mann die Vernichtung des jüdischen Bolschewismus in einem Zwischenruf als „gute Idee“ bezeichnet.

Drucksache 5/4090

Strengere Kontrollen für Lebensmittelhersteller

Landtag fordert Konsequenzen aus Dioxinskandal

■ Zur Verhinderung von Futtermittelverunreinigungen wie im jüngsten Dioxinskandal hat der Landtag am 26. Januar strengere Kontrollen und Strafen für Kriminelle verlangt. Das Parlament forderte die Landesregierung auf, über die Umsetzung des von Bund und Ländern beschlossenen Aktionsplans zu berichten. Zudem solle die Forschung im Bereich der Futter- und Lebensmittelsicherheit ausgebaut werden. Dafür sprachen sich die Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und FDP in einer gemeinsamen EntschlieÙung aus. Ursprünglich hatten Linksfraktion und Liberale eigene Anträge vorgelegt, die sie aber zurückzogen, nachdem die Koalitionsfraktionen Änderungen in ihrem Antrag akzeptiert hatten. LandtagsNachrichten dokumentieren Auszüge aus der Debatte.

Ute Schildt, SPD:

„Sicherheitslücken bei der Futter- und Lebensmittelherstellung“



Foto: Cornelius Kettler

- Wie betroffen ist unser Bundesland?
- Was wird mit den betroffenen Landwirten?

Meine Damen und Herren, der Minister hat uns als Fachleute jederzeit über den Stand der Informationen in Kenntnis gesetzt und auch über die Betroffenheit, so viel vorweg. Aber vor allem stand die Frage im Vordergrund: Was muss getan werden, um zukünftig nach menschlichem Ermessen Derartiges zu vermeiden?

Nun, meine Damen und Herren, da die Zeit nicht stehen geblieben ist und die Politik reagiert hat, kennen wir bereits auf einige Fragen die ersten Antworten.

■ „Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dioxin in Futtermitteln und in Lebensmitteln – seit Wochen bestimmt dieses Thema die Medien und verunsichert Verbraucherinnen und Verbraucher. Wieder einmal wurde das Vertrauen in die Sicherheit unserer Lebensmittel durch kriminelle Energie Einzelner schwer erschüttert. Verlierer dabei sind wir alle, die Verbraucher, die Landwirte, die seriösen Futter- und Lebensmittelhersteller, der Handel und nicht zuletzt die Politik.“

Aber der Dioxinskandal hat auch Sicherheitslücken im System der Futter- und Lebensmittelherstellung aufgezeigt, die nun konsequent geschlossen werden müssen, um verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen.

Als wir das Thema ‚Dioxin in Futtermitteln‘ als Antrag für die Januarsitzung des Landtages eingebracht haben, standen für uns, wie wahrscheinlich für alle, folgende Fragen im Vordergrund:

- Wie konnte das geschehen?
- Wo kommt das Dioxin her?
- Besteht Gefahr für die Gesundheit der Menschen?
- Wer ist der Schuldige?
- Hat das staatliche Kontrollregime versagt?
- Wer darf überhaupt Futtermittel herstellen?
- Wer haftet für die Schäden?
- Gab es Pannen bei der Information der Länder untereinander?
- Wie sieht es mit der Meldepflicht der Untersuchungslabore aus?

Drucksachen

Antrag SPD und CDU:
Drucksache 5/4053
Änderungsantrag SPD, CDU,
DIE LINKE und FDP:
Drucksache 5/4112
Antrag DIE LINKE:
Drucksache 5/4067
Antrag FDP: Drucksache 5/4057

Die Anträge auf den Drucksachen 5/4067 und 5/4057 wurden im Rahmen der Einbringung von den Antragstellern zurückgezogen.



Foto: Jens Büttner

Am 26. Januar protestierten zahlreiche Bürgerinitiativen vor dem Schweriner Schloss gegen geplante „Tierfabriken“.

Lassen Sie mich zunächst kurz auf die Situation in Mecklenburg-Vorpommern eingehen. Nach dem heutigen Stand der Kenntnisse können wir wohl mit Fug und Recht behaupten, dass unser Bundesland im Vergleich zu anderen noch einmal mit einem blauen Auge davongekommen ist. Von den ursprünglich gesperrten 22 Betrieben sind 21 wieder entsperrt worden. Nach umfänglichen Kontrollen konnten keine Grenzwertüberschreitungen an Dioxin festgestellt werden. Ein Betrieb befindet sich noch in der Überprüfung.

Darüber – das hatte ich bereits gesagt – hat der Landwirtschaftsminister den Agrarausschuss informiert. Gleichzeitig hat er klargestellt, dass allen Ländermeldungen über eventuell belastete Futtermittel- und Futterfettlieferungen unmittelbar durch das Ministerium und die zuständigen Behörden nachgegangen wurde und wird. Mein Dank gilt dabei den Kontrolleuren und Laboren, die in dieser Zeit kein Wochenende kannten, und auch den Mitarbeitern des Ministeriums, die auf dieser Strecke aktiv waren.

Im Agrarausschuss wurde aber auch deutlich, dass die länderübergreifende Behördenkommunikation starke Defizite sieht. Lieferungen von in Verdacht stehenden Futtermitteln und Futtermitteln mit Adressaten in Mecklenburg-Vorpommern wurden erst Tage nach Bekanntwerden an unser Bundesland gemeldet. Um diese Situation unmittelbar im Land zu klären, hatte der Minister bereits am 13. Januar 2011 die zwölf Mischfutterwerke und den Bauernverband zu einem Gespräch geladen. Im Ergebnis dieses Gesprächs haben sich die Futtermittelhersteller zu ihrer Verantwortung bekannt und eine Verstärkung der Eigenkontrolle unter Einschluss der Kontrolle der Zulieferer von Futtermittelausgangsstoffen zugesagt. Zudem wollen die Futtermittelhersteller über Lieferanten-Audits sicherstellen, dass alle

Komponenten der Futtermittelherstellung lebensmitteltauglich sind.

Besonders erfreulich ist die Tatsache, dass der Gesprächsfaden nicht abreißen soll und es nach der Grünen Woche erstmals einen runden Tisch mit den Futtermittelherstellern, dem Ministerium, dem Bauernverband und Verbraucherschützern geben wird. Auf der Bundesebene ist Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam mit den Ländern Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Berlin, Brandenburg und Bremen mit einem Handlungskonzept, konkrete Konsequenzen aus dem Dioxinskandal zu ziehen, aktiv geworden. Darin werden folgende Konsequenzen gefordert:

- Zulassung von Futtermittelunternehmen
- Trennung der Produktionsströme
- Einführung einer Positivliste
- innerbetriebliche Eigenkontrollen
- amtliche Überwachung
- Anzeigepflicht von Erkenntnissen
- bessere Haftung und Schadensregulierung, die auch tatsächlich greift
- Überprüfung und konsequente Ausschöpfung des Bußgeld- und Strafrahmens
- Schwerpunkt Staatsanwaltschaften und
- Verbraucherinformation erleichtern

Meine Damen und Herren, im Ergebnis der nationalen Diskussion und Konsequenzen aus dem Dioxinskandal stehen vorerst die vorläufige Fassung zur Gemeinsamen Erklärung der Sonderkonferenz der Verbraucherschutzministerkonferenz und Agrarministerkonferenz vom 18. Januar 2011 in Berlin ‚Unbedenkliche Futtermittel, sichere Lebensmittel, Transparenz für den Verbraucher‘ mit dem gemeinsamen Aktionsplan der Länder und des Bundes, in dem auch die Verantwortlichkeiten und der Zeitraum festgelegt sind, fest. Der Minister wird über die Ergebnisse und mögliche Konsequenzen aus Sicht des Landes Mecklenburg-Vorpommern berichten.

Aus meiner Sicht ist damit das Thema zunächst vom Tisch, die Problematik krimineller Energie noch lange nicht. Diese Problematik haben alle demokratischen Fraktionen aufgegriffen. Wir haben uns über diese Informationen hinaus dazu verständigt, dass unser Anliegen vergleichbar ist, und haben Ihnen deshalb heute einen gemeinsamen Änderungsantrag, den wir gemeinsam als Demokraten tragen, vorgelegt. Wir bitten Sie deshalb, diesem gemeinsamen Änderungsantrag Ihre Zustimmung zu geben. – Vielen Dank.“

Dioxin

Dioxin ist im allgemeinen Sprachgebrauch eine Sammelbezeichnung für chemisch ähnlich aufgebaute chlorhaltige Dioxine und Furane. Dioxine liegen immer als Gemische von Einzelverbindungen mit unterschiedlicher Zusammensetzung vor. Sie wurden nie im technischen Maßstab produziert, sondern entstehen unerwünscht bei allen Verbrennungsprozessen in Anwesenheit von Chlor und organischem Kohlenstoff unter bestimmten Bedingungen.

Für den Eintrag in die Luft waren früher Metallgewinnung und die Abfall-Verbrennungsanlagen die wichtigsten Quellen. Dank anspruchsvoller Grenzwerte und Technik konnte der Dioxinausstoß aus den Abfall-Verbrennungsanlagen drastisch gesenkt werden. Heute sind thermische Prozesse der Metallgewinnung und -verarbeitung und Kleinquellen in den Vordergrund der Dioxinemissionen getreten. Vom Menschen werden 90 bis 95 Prozent der Dioxine über die Nahrung aufgenommen, zu nahezu zwei Dritteln über den Verzehr von Fleisch- und Milchprodukten. Fische sind zwar höher mit Dioxinen belastet, werden jedoch in Deutschland nur in kleinen Mengen konsumiert. Die Aufnahme über die Atemluft ist im Vergleich zur Nahrung vernachlässigbar gering.

Durch Dioxine können Hautschädigungen (Chlorakne), Störungen des Immunsystems, des Nervensystems, des Hormonhaushalts, der Reproduktionsfunktionen und der Enzymsysteme hervorgerufen werden. Eine akute Wirkung von Dioxin ist beim Menschen nur bei sehr hohen Mengen, z. B. durch Vergiftungen, zu erwarten.

Quelle: Umweltbundesamt

Prrof. Dr. Fritz Tack, DIE LINKE:

„Wir brauchen Wettbewerbsanreize für nachhaltige und sichere Nahrungsmittel“



Foto: Cornelius Kettler

■ „Herr Präsident! Meine Damen und Herren! [...] Diese Debatte zum sogenannten Dioxinskandal ist heute also nicht beendet. Alle vorgeschlagenen Maßnahmen haben für mich Prozesscharakter. Das heißt, sie werden noch ergänzt und vervollkommen werden müssen, neue werden vielleicht hinzukommen und ihre Wirksamkeit ist ständig zu prüfen.

Die Frage nach den Ursachen hat für mich zwei Seiten:

Zum einen ist es kriminelle Energie – auch darüber wurde bereits gesprochen –, die man im Einzelfall kaum verhindern kann, aber durch wirksame Systeme der Zulassung und Kontrollen sowie Strafen eindämmen und erschweren kann und muss. Aber mehr Kontrollen allein und höhere Strafen werden die grundlegenden Ursachen nicht beseitigen.

Zum anderen ist es die Frage, welche Art der Futter- und Lebensmittelproduktion in unserer Gesellschaft gewollt und möglich ist. Dazu komme ich später.

Ich möchte erst einmal einige Fragen der Kontrolle aufwerfen:

Erstens. Das System der Lebensmittelkontrolle hat sich als nicht ganz zureichend gezeigt. An Futtermittel und an ihre Hersteller sind die gleichen Anforderungen zu stellen wie an die eigentlichen Lebensmittel und ihre Produzenten. Das trifft sowohl für die Zulassung als auch aus unserer Sicht für eine verbindliche Zertifizierung zu. Gesunde und sichere Lebensmittel brauchen ein wirksames Kontrollsystem für die gesamte Erzeugungskette vom Acker sozusagen bis auf den Teller.

Zweitens. Die Untersuchung und Bewertung von Risiken ist noch unzureichend. Für viele Umweltgifte, wie Dioxin, sind die Wege in die Lebensmittelkette nicht ausreichend bekannt. Hier setzt auch unsere Intention an, dass wir mehr Forschung benötigen. Ich verweise hier auf den vorliegenden Änderungsantrag Punkt 2.

Drittens. Die Risikovorsorge in der Erzeugungskette ist lückenhaft. Ein unüberschaubarer Strom von Roh- und Zusatzstoffen hat das Eintrittsrisiko von Schadstoffen in unsere Lebensmittel erst ermöglicht. Häufig haben die Behörden nur einen begrenzten Überblick über die Herkunft und die Wege der Erzeugnisse. Hier brauchen wir mehr Transparenz und Kenntnis der Verflechtungen. Keiner der Akteure auf Landes- und Bundesebene hat vorausgesehen, welche Ausmaße die Lieferbeziehungen in diesem Falle haben.

Viertens. Die Information der Verbraucher über die gesundheitlichen Gefahren und die erforderlichen Maßnahmen war ungenügend. Wichtige Befunde privater Prüflabore erreichten die Behörden nicht, da die einmalige Verpflichtung der Labore zur Meldung von Grenzwertüberschreitungen aufgehoben wurde und jetzt glücklicherweise wieder eingeführt wird. Die Verbraucher wurden spät und unvollständig über die Dioxinverfälle informiert. Fleisch und Eier mit Dioxinbelastung gelangten unentdeckt in den Handel. Als Voraussetzung für vorsorgenden Verbraucherschutz ist für uns eine kooperative Zusammenarbeit der Bundesländer und der

Bundesregierung erforderlich. In den Anfängen des Skandals war allerdings davon nicht viel zu bemerken.

Nun zu der anderen Seite – der Frage nach den Ursachen des sogenannten Dioxinskandals, der Frage nach den gesellschaftlichen Ursachen.

Wir haben es hier mit dem dioxinverseuchten Futterfett mit einem weiteren Lebens- und Futtermittelskandal zu tun, der dazu geführt hat, dass sehr viele Verbraucherinnen und Verbraucher verunsichert und besorgt sind über die Sicherheit unserer Lebensmittel. Landwirte, die unverschuldet von den Auswirkungen der Betriebssperren, aber auch vor allem verlorenem Verbrauchervertrauen durch fehlenden Absatz und stark sinkende Preise betroffen sind, gehören ebenfalls zu den Geschädigten [...]

Der Dioxinskandal macht auch deutlich, dass wir es in der Lebensmittelproduktion schon lange leider nicht mehr mit einem Wettlauf um das beste Produkt, sondern häufig um das billigste Produkt zu tun haben. Aber nicht nur in Deutschland ist das so. Längst ist das ein europäisches Problem, ja, ein globales Problem geworden. Für mich ergibt sich deshalb die andere Seite der Frage nach den Ursachen. Das System der Marktwirtschaft, das durchaus Vorzüge bei der Freisetzung von Ideen, Initiativen und technischem Fortschritt hat, darf in solch sensiblen Bereichen der Land- und Ernährungswirtschaft nicht ungezügelt, unregelmäßig agieren. Wir brauchen solche Wettbewerbsanreize, die eine nachhaltige, vertretbare und sichere Nahrungsmittelproduktion ermöglichen. Zugleich wird die Forderung erhoben, dass Lebensmittel bezahlbar bleiben müssen [...]

DIE LINKE hat schon mehrfach auf ihre Vorstellungen einer ökologischeren und sozialeren Ausrichtung der gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013 in diesem Hause hingewiesen. Diese soll ermöglichen, dass Landwirte und ihre Beschäftigten von ihrer Arbeit leben und ihre Betriebe auf die Anforderungen des 21. Jahrhunderts ausrichten können. Zugleich soll durch die

Anbindung der jetzigen Direktzahlungen an konkrete Leistungen der Landwirte für die Gesellschaft in Form von Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen, der Stärkung der Biodiversität und nachhaltigeren Produktionsweisen, die an einen sozialen Faktor gekoppelt sind, der ländliche Raum neue Perspektiven erhalten.

Ich weiß, dass die Ansichten dazu hier im

Hause auseinandergehen, jedoch meine ich, dass der sogenannte Dioxinskandal zeigt, dass die Lösungen weiter gehen müssen, als es der gemeinsame Aktionsplan der Länder und des Bundes derzeit vorsieht. Wir sehen den gemeinsamen Änderungsantrag der demokratischen Fraktionen dieses Hauses als einen richtigen Schritt an, um vorhandene Überein-

stimmungen deutlich zu machen, sehen aber auch noch lange nicht das Ende der Diskussion um den zukünftigen richtigen Weg der Land- und Ernährungswirtschaft im Lande und in Europa.

Meine Damen und Herren, absprachegemäß ziehen wir unseren Antrag auf der Drucksache 5/4067 zurück. – Herzlichen Dank.“

Sigrun Reese, FDP:

„Auch Verbraucher konventionell erzeugter Lebensmittel haben Anspruch auf giftfreies Essen“



Foto: Cornelius Kettler

■ „[...] Wieder mal hat in Deutschland ein Skandal mit Lebens- und Futtermitteln für Schlagzeilen gesorgt. Und dies ist bereits der 17. seit 1998. Nach jedem Skandal wurden bislang Konsequenzen angekündigt, überwiegend aber sind die Ankündigungen im Sande verlaufen [...]

Allein in der Amtszeit von Frau Künast als Verbraucherschutzministerin gab es vier Dioxinskandale, aber auch ihr Agieren hat keinen Beitrag dazu leisten können, [...] kriminelle Energie zu beseitigen. [...]

Für die FDP steht außer Frage, dass jedes kriminelle Handeln intensiv zu verfolgen und zu ahnden ist. [...]

Am 4. Januar verkündete Minister Backhaus, dass kein dioxinverseuchtes Futtermittel nach Mecklenburg-Vorpommern geliefert worden sei. Doch diese voreilige Schnellmeldung hatte keinen langfristigen Bestand. Schon kurz darauf wurde bekannt, dass Betriebe in Mecklenburg-Vorpommern doch betroffen waren. Zunächst sperrte man vorsorglich sechs Betriebe. Noch am 6. Januar ließ der Minister veröffentlichen, dass Eier aus Mecklenburg-Vorpommern absolut in Ordnung seien. Die Verbraucher im Land atmeten

auf und fühlten sich ein wenig sicherer. Die Nummer 13 aus Mecklenburg-Vorpommern avancierte nach Aussagen des Ministers zur sicheren Glückszahl beim Eierkauf. Aber auch das war eine sprichwörtliche Ente, denn kurz darauf mussten Geflügelbetriebe in Mecklenburg-Vorpommern auch gesperrt werden. Dies, Herr Minister Backhaus, trägt wenig zur Verbrauchersicherheit bei. [...]

Verbraucherschutz heißt [...], zum richtigen Zeitpunkt zu warnen und zum richtigen Zeitpunkt zu entwarnen. Und nun müssen Sie [...] zeigen, welche Konsequenzen Sie aus diesem Skandal für die Verbesserung der Verbrauchersicherheit ziehen wollen. [...] Die Medienberichterstattung führte dazu, dass [...] die Nachfrage nach konventionellem Schweine- und Rindfleisch sowie Eiern erheblich sank. [...] Als Sieger dieser Situation muss wohl die Biobranche genannt werden, die einen wesentlichen Käuferzuwachs erzielen konnte. Daraus aber die Zukunftslosigkeit der konventionellen Landwirtschaft abzuleiten, ist vollkommen verfehlt. Auch der Verbraucher konventionell erzeugter Lebensmittel hat einen Anspruch auf giftfreies Essen, und

unsere heimischen, konventionell wirtschaftenden Landwirtschaftsbetriebe produzieren ebenso qualitativ hochwertige Produkte und Lebensmittel.

[...] Wohl wissend, dass kriminelle Machenschaften auch zukünftig nie vollkommen ausgeschlossen werden können, bieten [...] die [...] Maßnahmen einen akzeptablen Rahmen, um das kriminelle Betätigungsfeld weitestgehend einzudämmen. Jetzt geht es darum, die Pläne effektiv und zeitnah umzusetzen. Den Worten müssen Taten folgen und das Verbrauchervertrauen in [...] unsere Landwirtschaft [...] zurückgewonnen werden. Die [...] anstehende Novelle des Verbraucherinformationsgesetzes könnte hierzu einen entscheidenden Beitrag leisten. [...] sollte sich [...] aber auch auf andere Bereiche als nur auf Lebens- und Futtermittel beziehen. [...]

Ebenso wichtig erscheinen meiner Fraktion die Trennung der Produktionsströme, erweiterte, verpflichtende Haftungsregelungen, ein ländereinheitliches, risikoorientiertes Modell zur Futtermittelkontrolle und die abgesicherte Rückverfolgbarkeit der Lebens- und Futtermittel. Die Durchführung der Kontrollen muss [...] effizienter und zeitnah nach standardisierten Verfahren erfolgen.

Deshalb fordern wir auch einen Bericht über die [...] Kontrolldichte und Kontrollqualität. [...] Die Kontrollen müssen ein Höchstmaß an Verbrauchersicherheit gewährleisten [...]

Grundsätzlich aber ist die Annahme falsch, dass preiswerte Lebensmittel für geringere

Qualität und höhere Gesundheitsrisiken stehen und höherpreisige Lebensmittel automatisch qualitativ hochwertig und gesundheitlich risikolos sind. [...] Kriminelle Energie entfaltet sich auch ohne Bezug auf eine gewisse Produktionsform und ohne Bezug auf eine bestimmte Betriebs-

größe, haben wir doch auch Dioxin- und Lebensmittelskandale auf Biohöfen und Bioproduktionen schon erleben müssen, ebenso wie bei kleinbäuerlichen Betrieben als auch bei industrieller Tierhaltung. Die FDP stimmt dem gemeinsamen Änderungsantrag selbstverständlich zu. Und

auch wir ziehen unseren eigenen Antrag [...] zurück. Dieses wichtige Thema ist für uns nämlich kein Thema für politisches Geplänkel und Bund-Länder-Streitigkeiten. Ich danke für die Aufmerksamkeit."

Minister Dr. Till Backhaus:

„Mit Sachlichkeit herangehen“



■ „[...] Es hat in Mecklenburg-Vorpommern zu keinem Zeitpunkt eine Gefahr für die Verbraucherinnen und Verbraucher gegeben, [...] bei den Überwachungen sowohl von den Futtermitteln als auch von den Lebensmitteln (sind) keine Schwellenwertüberschreitungen nachgewiesen wurden, und zwar bis zum heutigen Zeitpunkt. [...]

Das Dioxin ist als Skandal betitelt worden und erschüttert damit auch erneut das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher [...] Im Zuge des Skandals kaufen die deutschen Verbraucherinnen und Verbraucher deutlich weniger Geflügelfleisch, deutlich weniger Eier und deutlich weniger Schweinefleisch.

Gleichzeitig [...] klemmt natürlich das Exportventil, denn Staaten wie China, wie Südkorea haben ihre Grenzen für deutsches Schweinefleisch mittlerweile geschlossen. Weitere Länder wie die Russische Föderation verlangen zusätzliche Untersuchungen und Garantien. [...]

Für die Landwirtschaft bedeutet dies innerhalb von wenigen Tagen tatsächlich einen Mindererlös allein bei Schweinen pro Stück um über 34 bis 40 Euro, [...]. Verschärft wird die Lage dadurch, dass in

den vergangenen Wochen natürlich auch die Futterkosten stark angestiegen sind. Da ist es nur verständlich, dass von allen Seiten Forderungen aufgemacht werden, um hier Abhilfe zu schaffen. [...]

Aus meiner Sicht ist aber ebenso wichtig, dass wir mit der gebotenen Sachlichkeit [...] an die Problemlösung herangehen. [...] Deutschland muss sich, was die Lebensmittelkontrolle, was die Futtermittelkontrolle betrifft, überhaupt nicht verstecken. [...] Die hohe Sicherheit unserer Lebensmittel in Deutschland ist national und international nach wie vor höchstgradig anerkannt [...]

Das eigentliche Problem sehe ich wirklich woanders: Ein durchschnittlicher Supermarkt in Deutschland bringt es im Übrigen auf 10.000 Lebensmittel. [...]ich glaube, es ist dringend an der Zeit, innerhalb der Bundesrepublik Deutschland über die gesamtgesellschaftliche Debatte ‚Was sind uns Lebensmittel wert?‘ wirklich zu diskutieren. [...]

Ich glaube auch, [...] dass wir sehr wohl in der Futtermittelkontrolle und -überwachung vor der Aufgabe stehen, hohen Schutz, Niveau und Standards zu erhalten.

Auf der anderen Seite [...] stehen wir vor den Sparschwängen der öffentlichen Haushalte. Dort muss mit immer weniger Personal ein steigendes Aufgabenspektrum bewältigt werden, und das System der Lebensmittel- und Futtermittelüberwachung fußt auf dem Grundgedanken der unternehmerischen Eigenverantwortung. [...] Jeder Unternehmer, der Futtermittel oder Lebensmittel in den Verkehr bringt, hat dafür zu haften und natürlich damit auch zu gewährleisten, dass diese Produkte diese Qualitäten ausmachen. [...]

Die amtliche Lebensmittelkontrolle und -überwachung und auch die Veterinärüberwachung in den Städten und den Landkreisen kontrollieren im Übrigen stichprobenartig die Produkte und damit das Qualitätsmanagement innerhalb der Unternehmen. Die Länder sind zuständig für den Vollzug, und sie verfolgen und bestrafen auch Gesetzesverstöße. [...]

Allein in Mecklenburg-Vorpommern wurden im Jahr 2009 26.737 Betriebe [...] geprüft und kontrolliert, und wir haben damit eine Kontrolldichte von 71,3 Prozent. [...] Die Kontrollen erfolgten und werden in der Zukunft risikobasiert vorgenommen, besonders sensible Lebensmittel und Betriebe werden besonders häufig auch un- aufgefördert kontrolliert. [...] Allerdings hat uns auch der aktuelle Dioxinskandal wieder schmerzlich vor Augen geführt, dass dieses System durchaus Lücken hat. Aufgrund der neuen Erkenntnisse und der neuesten Erkenntnisse muss davon ausgegangen werden, dass in der Zeit vom 12.11. bis zum 23.12.2010 aus circa 200 Tonnen Mischfuttersäure 2.256 Tonnen Futterfett hergestellt und damit mit einer Einmischquote von zwei bis zehn Prozent im Mischfutter für Legehennen, Mastgeflügel, Rinder und Schweine eingemischt wurde. [...]

Das belastete Futterfett wurde nach aktuellem Kenntnisstand an 25 Mischfutterhersteller ausgeliefert [...]. Insgesamt sind in Deutschland zurzeit noch [...] knapp

5.400 Betriebe gesperrt [...] Im Ergebnis waren in Mecklenburg-Vorpommern 22 Betriebe betroffen. [...] Bis auf einen Putenmastbetrieb sind alle Betriebe wieder freigegeben worden.

Um das damit auch deutlich zu machen: Diese Betriebe sind vorsorglich, Frau Reese, tatsächlich unter Beobachtung gestellt worden, und es hat nie, in keiner Phase, hier eine Verbrauchertäuschung stattgefunden. [...] Das Einzige, wo Sie recht haben [...], ist, dass es im vergangenen Jahr in Nordrhein-Westfalen tatsächlich dioxinhaltige Futtermittel [...] gegeben hat. Diese Futtermittel sind aber zum Beispiel nie in Mecklenburg-Vorpommern angekommen. Insofern haben wir zu keinem Zeitpunkt hier in Mecklenburg-Vorpommern damit ein Problem gehabt. Es hat im Übrigen nur einen Legehennenbetrieb in Mecklenburg-Vorpommern getroffen, und dieser ist längst wieder frei – aber der

Schaden, der auch durch Ihre oder unsere Diskussion hier insgesamt entstanden ist, ist für diesen Legehennenbetrieb von Erheblichkeit gekennzeichnet. [...]

Zum Glück haben wir ja unser eigenes 7-Punkte-Programm gemacht, und ich will an dieser Stelle auch deutlich machen, dass wir deutlich über den Maßnahmen liegen, die im Rahmen des Bundes vorgenommen worden sind. Eines will ich besonders herausgreifen: dass unsere Mischfutterwerke ab sofort einen Eigenaudit durchführen werden, nämlich genau zu erkennen, mit welchen Qualitäten die Zuliefererbetriebe, die Komponenten zuliefern, eigentlich innerlich behaftet sind. Und ich glaube, dass dieses 7-Punkte-Programm, [...] aber auch das 14-Punkte-Papier auf der Bundesebene, das wir ja ganz maßgeblich mit beeinflusst haben, eine gute Grundlage ist dafür, das Verbrauchervertrauen wieder zurückzugewinnen. [...]

Unabhängig davon brauchen wir natürlich auch für die Untersuchung der Lebensmittel und Futtermittel auf Dioxingehalt oder auf andere Stoffe Untersuchungsmethoden, die zuverlässig sind, mit denen wir schneller in der Lage sind, Informationen an die Öffentlichkeit weiterzugeben, denn solche Untersuchungen dauern heute vier bis fünf Tage. Hier gibt es technologische Entwicklungen, die hoffentlich in der Zukunft mit wissenschaftlichem Hintergrund dann belastbar eingesetzt werden können, sodass wir schneller werden, auch bei der Warnung gegebenenfalls vor Gefahren. [...]

Ich glaube, dass wir [...] nicht gefeit sind vor kriminellen Machenschaften, aber [...] auf jeden Fall die Gesundheit, aber auch die Lebensmittelkontrollen und -überwachungen in den Bundesländern und insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern wirklich im Griff haben. – Herzlichen Dank.“

Beate Schlupp, CDU:

„Eine hundertprozentige Sicherheit für Verbraucher kann es nicht geben“



Foto: Cornelius Kettler

■ „Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie es mich vorwegnehmen:

Ob Dioxin, Nitrophen, BSE oder Gammelfleisch – eine hundertprozentige Sicherheit für Verbraucher wird es nicht geben, erst recht nicht, wenn wie im jetzigen Fall kriminelle Energie die Ursache des Skandals ist. Oder lassen Sie es mich mit den Worten eines ehemaligen Landwirtschaftsministers dieses Landes verdeutlichen, der im Rahmen der BSE-Krise sagte, ich zitiere: ‚Ich kann doch nicht hinter jeden Kuharsch einen Veterinär ... stellen.‘

Doch nun zum Thema: Seit Wochen bestimmt der sogenannte Dioxinskandal die öffentliche Diskussion und die Berichterstattung der Medien. Offensichtlich hat der Futterfethersteller Harles und Jentsch aus Uetersen in Schleswig-Holstein dioxinbelastetes Industriefett als Futtermittelfett in den Futtermittelkreislauf gebracht. Aufgrund der Menge und der Vorgehensweise ist von einem absichtlichen und somit kriminellen Vorgehen auszugehen.

Die Dioxinverseuchung der Futtermittel führte dazu, dass bundesweit über 5.000 Landwirtschaftsbetriebe, die mit

belastetem Futtermittel beliefert wurden, gesperrt werden mussten. Zahlreiche Produkte, insbesondere Eier und Schweinefleisch, wurden aus dem Handel genommen.

Inwieweit dioxinbelastete Lebensmittel bereits verzehrt wurden, kann zurzeit nicht abgeschätzt werden. Klar wird allerdings, dass die Futter- und Lebensmittelkontrollen offensichtlich nicht ausreichend waren. Vor diesem Hintergrund begrüße ich ausdrücklich, dass der vorliegende Änderungsantrag zu diesem Thema in die richtige Richtung weist.

Sehr geehrte Damen und Herren, mit dem gemeinsamen Aktionsplan der Länder und des Bundes „Unbedenkliche Futtermittel, sichere Lebensmittel, Transparenz für den Verbraucher“ sind meines Erachtens entscheidende Maßnahmen getroffen worden, um künftig das Risiko der Verunreinigung von Futter- und Lebensmitteln zu minimieren. Wichtig scheinen mir die Zulassungspflicht für Futtermittelbetriebe, eine Trennung der Produktionsströme, die Meldepflicht für private Labore, die Absicherung des Haftungsrisikos und insbesondere die Überprüfung des Strafrah-

mens für strafrechtlich relevante Futtermittelpanscherei. Wer allerdings vor dem Hintergrund des jüngsten Skandals davon ausgeht, dass lediglich konventionelle Betriebe von solchen Skandalen betroffen sein könnten, der vergisst, dass auch die Biobranche – wir hörten es bereits – in der Vergangenheit mit dioxinverseuchten Futtermitteln aus der Ukraine beliefert wurde.

Neben dem Schutz des Verbrauchers ist ein wesentliches Thema für meine Fraktion die Rufschädigung für die landwirtschaftlichen Unternehmen in unserem Land. Hier stellt sich für mich die Frage, inwieweit Schadensersatzansprüche geltend gemacht werden können oder die Futtermittelhersteller über einen Sicherungsfonds verfügen. Es kann nicht sein, dass sich ein Unternehmen mit einer Insolvenz aus der Verantwortung stiehlt.

Udo Pastörs, NPD:

„Nach wie vor gelangen Giftstoffe in die Nahrung“



Foto: Cornelius Kettler

■ „[...] Gift in Futtermitteln als gängige Praxis? Und ist es nur Dioxin, das die Gesundheit der Tiere und Menschen bei der Erzeugung oder, besser gesagt, weil es der Wahrheit näher kommt, bei der Produktion von Fleisch und anderen Lebensmitteln, die Volksgesundheit bedroht? Bei Weitem nicht! Wer sich einmal etwas mehr mit den staatlich zugelassenen Giftstoffen bei der Lebensmittelproduktion beschäftigt, bekommt bereits hierbei das Grausen. Aber heute geht es ja um verbotene Stoffe, speziell um das Gift Polychlorierte Dibenzodioxine [...] Diese Substanz ist so giftig, dass sie bereits bei der Aufnahme von geringen Mengen

Zahlreiche Landwirtschaftsunternehmen sind durch die zeitweilige Sperrung in ihrer Existenz gefährdet. Ich bin der Auffassung, dass wir diese Unternehmen nicht im Regen stehen lassen dürfen.

Sehr geehrte Damen und Herren, eine hundertprozentige Sicherheit wird und kann es nicht geben. Da können Maßnahmekataloge erarbeitet, Informationspflichten festgelegt und Kontrollen vorgenommen werden. Da, wo kriminelle Energie ins Spiel kommt, ist es für den Staat immer schwierig, den Verbraucher und die Landwirte zu schützen. Dennoch müssen wir alles unternehmen, um größtmögliche Sicherheit zu erreichen. Selbstverständlich wird auch meine Fraktion dem gemeinsamen Änderungsantrag zustimmen.“

zu schweren Gesundheitsschäden bei Menschen wie auch bei Tieren führt. [...] Und genau dieses Gift mischen kriminelle Geschäftemacher auch in der Bundesrepublik Deutschland einfach Futtermitteln für Tiere bei. [...] Ich gebe Ihnen einige Beispiele, die der Landwirtschaftsminister vielleicht vergessen hat. Vielleicht ist dies ja seiner momentanen Neuverliebtheit geschuldet. Da bleibt vor lauter Glücksgefühl in Bauch und Kopf wenig Platz für Wesentliches, Herr Minister. [...] 1999 – eine belgische Firma lieferte dioxinverseuchtes Futter an Betriebe in ganz Europa, darunter auch nach Deutschland.



Foto: Jens Büttner

Am 26. Januar protestierten zahlreiche Bürgerinitiativen vor dem Schweriner Schloss für artgerechte Tierhaltung.

2003 das nächste Gaunerstück – Backabfälle aus Thüringen weisen eine 18-mal höhere Dioxinbelastung über den Grenzwert auf und werden dennoch deutschen und niederländischen Schweinen als Fraß vorgeworfen. [...]

Nach all diesen Straftaten gab es das obligatorische Geschrei der politischen Klasse, wie wir sie auch hier gehört haben, mit dem Versprechen, zukünftig besser zu kontrollieren. Das Ergebnis hat Herr Minister uns hier vorgestellt: null. Nach wie vor gelangt eine Menge von Giftstoffen in die Nahrung, über die Nahrungskette auch bis hin zum Menschen, Herr Minister – und Sie wissen das ganz genau. [...]"

Anmerkung

Die Redebeiträge der Abgeordneten in der Plenardebatte am 26. Januar wurden für den Abdruck gekürzt. Wegen der Konzentration auf den Inhalt und der besseren Lesbarkeit wurden die zahlreichen Zwischenrufe weggelassen. Die gesamte Debatte im Wortlaut können Sie auf der Internetseite des Landtages nachlesen: www.landtag-mv.de (Plenarprotokollauszüge)

Lehrer-Referendariat verkürzen?



Marc Reinhardt

Bildungspolitischer Sprecher
der CDU-Fraktion



Andreas Bluhm

Bildungspolitischer Sprecher
der Fraktion DIE LINKE

■ Ich begrüße grundsätzlich eine Verkürzung des Referendariats. Allerdings befürworte ich auch, die Praxisanteile in der ersten Phase der Lehrerbildung, also während des Lehramtsstudiums, zu erhöhen. Beides ist meines Erachtens nicht voneinander getrennt zu betrachten.

Die Studierendenvertreter sprachen in der Landtagsanhörung von dem an den Universitäten vermittelten Gefühl, in der Schule ließe sich das Gelernte 1:1 umsetzen. Der Schüler würde stets als „Ideal-Schüler“ betrachtet werden. Sie hätten den Eindruck, dass natürliches Gespür und Können für den Beruf nicht unbedingt notwendig seien, da alles mit Hilfe der Fachwissenschaften lösbar ist. Dies sei jedoch später in der Praxis nicht der Fall. Und nicht selten erleidet der eine oder andere Student leider erst im Referendariat einen „Praxisschock“. Das muss vermieden werden.

Daher plädiere ich für die Erhöhung der Praxisanteile in der ersten Phase der Lehrerausbildung. So können sich die zukünftigen Lehrer frühzeitig auf die veränderten Bedingungen und Anforderungen in der Schule zielgerichteter und besser vorbereiten. Die Regelstudienzeit würde dann zehn Semester umfassen. So findet ein Ausbau der pädagogischen und praktischen Ausbildung während des Studiums statt, indem der Anteil der Bildungswissenschaften in den Studiengängen erhöht wird. In einem neuen Lehrerbildungsgesetz sollte die Vermittlung pädagogischer Kompetenzen in einem höheren Maß als bisher berücksichtigt werden.

Ein weiterer positiver Aspekt der Verkürzung der Referendariatszeit ergäbe sich, da die drohenden massiven Probleme der Unterrichtsversorgung beschränkt werden können, die aus einer retardierenden Reaktion auf den stark steigenden Lehrkräftebedarf folgen würden. Auch im Vergleich mit anderen Bundesländern sollten wir diesen Schritt gehen.

■ Nicht so, wie das jetzt von der Koalition durchgepeitscht werden soll. Im Bildungsausschuss haben sich alle angehörten Experten – wie wir auch – dafür ausgesprochen, eine Verkürzung des Referendariats nur dann vorzunehmen, wenn die gesamte Lehrerbildung neu geordnet ist. Eine Verkürzung ist doch erst dann möglich, wenn die Studiendauer um ein Semester verlängert wurde und damit mehr praktische und bildungswissenschaftliche Anteile aufgenommen werden können. Nur so kann der notwendige inhaltliche Vorlauf geschaffen werden,

■ Im Januar unterbreitete Bildungsminister Henry Tesch den Vorschlag, das Lehrer-Referendariat von derzeit zwei Jahren auf 18 Monate zu verkürzen. Hierdurch soll auch dem mit dem altersbedingten Ausscheiden vieler Lehrer drohenden Lehrermangel entgegen gewirkt werden. Im Rahmen der parlamentarischen Beratungen zur Novellierung des Schulreformgesetzes hörte der Bildungsausschuss zahlreiche Sachverständige auch zu diesem Thema. Das Referendariat ist der zweite, praxisbezogene Teil der Lehrer-Ausbildung und schließt sich an das Universitätsstudium an. Referendare halten eigenverantwortlich Unterricht, hospitieren bei Kollegen und werden in der Regel von einem Betreuungslehrer unterstützt.

der eine Verkürzung des Referendariats überhaupt rechtfertigt. Der richtige Weg wäre, die inhaltliche und organisatorische Ausgestaltung der Lehrerbildung über ein neues Lehrerbildungsgesetz umfassend und aufeinander bezogen zu gestalten. Wir sind für eine Lehrerbildung aus einem Guss! Wenn man den künftig steigenden Bedarf an Lehrkräften berücksichtigt, darf eine Verkürzung des Referendariats nicht zu Lasten der Ausbildungsqualität gehen. Das nützt weder den Referendarinnen und Referendaren noch den Schulen.

Zum 1. April 2010 hat das Bildungsministerium bereits die organisatorische Ausgestaltung des Referendariats neu durchgesetzt. Die Universitäten, das Zentrum für Lehrerbildung und auch die betroffenen Schulen waren in die Vorbereitung nicht einbezogen. Und die rechtlichen Grundlagen dafür wurden erst zum 11. November 2010 geschaffen und rückwirkend zum 1. April 2010 in Kraft gesetzt! Bis zum November gab es praktisch einen rechtsfreien Raum, aber die Referendarinnen und Referendare waren schon längst an den Schulen. Nun soll mit einer Änderung des Schulreformgesetzes von 1991 das Referendariat für die Jahre 2011 und 2012 auf 16 Monate verkürzt und ab 2013 wieder auf 18 Monate erhöht werden. Im März wird nun der Entwurf eines Lehrerbildungsgesetzes von den Koalitionsfraktionen in den Landtag einbracht. Jetzt im Vorgriff einseitig die Dauer des Referendariats zu verändern, hat mit kontinuierlicher und gewissenhafter Bildungspolitik und der Sicherung der Qualität der Lehrerausbildung nichts mehr zu tun.



Parlamentarier aus der südlichen Ostseeregion berieten im Schweriner Schloss über die Umsetzung der EU-Ostseestrategie.

Tourismus und Bildung im Fokus

Parlamentarier der südlichen Ostseeregion berieten im Schweriner Schloss

■ **Dreißig Parlamentarier aus der Region der südlichen Ostsee trafen am 31. Januar zur internationalen Arbeitsgruppensitzung des Parlamentsforums Südliche Ostsee im Schweriner Schloss zusammen. Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Umsetzung der EU-Ostseestrategie.**

Die Arbeitsgruppe – Delegierte der deutschen Länderparlamente aus Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Hamburg, der polnischen Sejmiks Westpommern, Pommern und Ermland-Masuren sowie der Kaliningrader Gebietsduma und des schwedischen Regionalrates Schonen – zog eine Zwischenbilanz der ersten regionalen Entwicklungsstrategie der Europäischen Union und beriet weitere Schritte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Der Schwerpunkt der Sitzung lag in den Bereichen Tourismus und Bildung. Im Rahmen der Konferenz wurden dazu Sachverständige angehört und deren Stellungnahmen in die Beratungen einbezogen. Die EU hat Mecklenburg-Vorpommern die Koordinierung der Aktivitäten im Bereich Tourismus der EU-Ostseestrategie übertragen. Dies, so stellte Landtags-Vizepräsidentin und Sitzungsleiterin Renate Holznagel fest, „ist ein Erfolg für das Land und die ganze Region. Denn gerade im Tourismus kann Mecklenburg-Vorpommern ein Motor dieser Zusammenarbeit sein“.

Im Bereich Bildung wurde die Bedeutung der Globalisierung als zentrale Anforderung hervorgehoben. Vordringlich gelte es aber nun, die regionale Identität im Raum Südliche Ostsee weiter zu stärken. Potenzial sehen die Experten unter anderem im Ausbau studentischer Austauschprogramme innerhalb der Region selbst. Dies sei besonders wichtig, um junge Talente stärker als bisher an die Region Südliche Ostsee zu binden. Auch kritische Stimmen kamen auf der Konferenz zu Wort.

Denn zur Umsetzung der EU- Ostseestrategie werden von Brüssel bislang keine Gelder gesondert bereitgestellt. „Wenn diese Strategie nachhaltig erfolgreich sein soll, dann muss sie auch finanziell unteretzt werden“, so Renate Holznagel, „wir brauchen eine deutlichere Berücksichtigung der Ostseestrategie im Rahmen der bestehenden Förderung.“

Kompetenzen bündeln

Öffentliche Anhörung zum Landesamt für ambulante Straffälligenarbeit

■ **Als erstes Bundesland plant Mecklenburg-Vorpommern die Einrichtung eines integralen, eigenständigen Landesamtes für ambulante Straffälligenarbeit. Mit der neuen Landesbehörde mit Sitz in Rostock sollen im Interesse einer effizienteren Gestaltung der staatlichen ambulanten Straffälligenarbeit die sozialen Dienste der Justiz, die Führungsaufsichtsstellen bei den Landgerichten und die forensische Ambulanz in einer Organisationseinheit zusammengeführt werden. Der entsprechende Gesetzentwurf der Landesregierung war am 19. Januar Gegenstand einer Expertenanhörung im Europa- und Rechtsausschuss.**

Der Vorsitzende des Richterbundes Mecklenburg-Vorpommern brachte zum Ausdruck, dass aus Sicht der Richterschaft die Übertragung der bisher bei den Landgerichten angesiedelten Führungsaufsichtsstellen auf das geplante Landesamt ausdrücklich

begrüßt werde. Die Führungsaufsicht zähle nicht zu den richterlichen Kernaufgaben und könne daher durch die vorgesehene Behörde besser und intensiver wahrgenommen werden.

Die Rechtsanwaltskammer Mecklenburg-Vorpommern signalisierte ausdrücklich ihre Zustimmung zu den mit dem Gesetzentwurf verfolgten Zielen des Opferschutzes und der Reduzierung von Wiederholungstaten durch verbesserte Rahmenbedingungen für die Reintegration von Straffälligen. Gleichzeitig machte der Kammervertreter darauf aufmerksam, dass mit der geplanten Zusammenlegung von Organisationseinheiten kein Personalabbau bei den Bewährungshelfern verbunden sein dürfe. Als weiteren Kritikpunkt nannte er, dass die wichtige Rolle der Anwaltschaft bei der Straffälligenbetreuung in dem Gesetzentwurf unerwähnt bleibe. Ein weiterer Rechtsanwalt verwies ergänzend auf die aus seiner Sicht notwendige Intensivierung einer psychotherapeutischen Betreuung von Straffälligen, insbesondere nach ihrer Haftentlassung, und sah noch Nachbesserungsbedarf bei der Begründung des Gesetzentwurfes.

Positiv gesehen wurden von allen angehörten Experten die Schaffung einer klaren Organisationsstruktur in der Straffälligenarbeit, die Bündelung von fachlichen Kompetenzen sowie die Möglichkeit einer intensiven Koordinierung von Überwachungs- und Betreuungsmaßnahmen. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte zur nachträglichen Sicherungsverwahrung käme der Stärkung ambulanter Maßnahmen der Straffälligenarbeit in Zukunft wachsende Bedeutung zu. Auch Experten aus anderen Bundesländern, wie der Generalstaatsanwalt des Landes Brandenburg Dr. Rautenberg, bescheinigten Mecklenburg-Vorpommern eine Vorreiterrolle und bestärkten das Land darin, den mit dem Projekt InStar eingeschlagenen und bewährten Weg einer integralen Straffälligenarbeit mit dem geplanten Landesamt konsequent weiter zu beschreiten.

Der Ausschuss hat zwischenzeitlich die Anhörung ausgewertet und empfiehlt dem Landtag mehrheitlich die Annahme des Gesetzentwurfes der Landesregierung. Wenn der Landtag in seiner März-Sitzung der Empfehlung des Ausschusses folgt, kann ab 1. April 2011 das Landesamt für ambulante Straffälligenarbeit seine Arbeit aufnehmen. Vorsitzender Detlef Müller äußert nach der abschließenden Beratung: „Wir können uns bundesweiter Beachtung sicher sein. Denn mit der integralen Lösung in einem eigenen Landesamt betreten wir Neuland. Die Wirksamkeit unserer Lösung werden wir in Zukunft aufmerksam beobachten müssen.“

Drucksache 5/3873

Familienkonvent 2011

Am 6. Mai 2011 findet im Schweriner Schloss der zweite Familienkonvent Mecklenburg-Vorpommerns statt. Mütter, Väter, Großeltern, Vertreterinnen und Vertreter der örtlichen Bündnisse für Familie, familienpolitisch engagierte Verbände, Vereine und Körperschaften werden über die Belange von Kindern und Familien beraten. Ziel des Landtages und der Landesregierung ist es, mit dem Konvent den gesellschaftlichen Bewusstseins- und Wertewandel zu mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit durch eine Vielzahl von Ideen, Initiativen, Projekten und Einrichtungen auf vielfältige Weise zu unterstützen. Schwerpunkt ist dabei, einen Dialog zwischen den Familien und den Vertreterinnen und Vertretern der verschiedenen Arbeitsbereiche zu führen und Familien aktiv in die Entscheidungsfindung in politischen, wirtschaftlichen und anderen Bereichen einzubeziehen.

Die Einrichtung eines Familienkonvents Mecklenburg-Vorpommern wurde durch den Landtag am 4. Juli 2008 beschlossen. Der erste Familienkonvent fand am 29. Juni 2009 statt.

Weitere Informationen:

Ministerium für Soziales und Gesundheit M-V
Tel. 0385 / 588-9500

Familienbotschaft M-V
Tel. 03838 / 3150120



Dokumentation zur Kreisgebiets- und Funktionalreform

■ Der Landtag dokumentiert mit dieser Publikation seine Beratungen zu einem der wichtigsten und bedeutendsten Reformvorhaben der 5. Wahlperiode. Band I enthält eine Sammlung der Dokumente des parlamentarischen Verfahrens im Plenum des Landtages. Band II beinhaltet die Beratungsgrundlagen und -dokumente des federführenden Innenausschusses. Ergänzend dazu können über die beigefügte CD alle Dokumente der Papierfassung in digitaler Form und darüber hinaus die während des schriftlichen und mündlichen Anhörungsverfahrens eingereichten Stellungnahmen eingesehen werden.

Die Dokumentation ist erhältlich über den Innenausschuss, Tel.: 0385 / 525-1520



So könnte der neue Plenarsaal aussehen – der Siegerentwurf macht das Raumvolumen und die hochwertige Wandgestaltung des einstigen Goldenen Saales wieder spürbar, ohne den verlorenen Bestand zu rekonstruieren oder zu kopieren.

Modern und bürgernah

Plenarsaal-Entwurf aus München gewinnt Wettbewerb

■ Der Plenarsaal des Landtages als würdige Heimstatt der Demokratie. Dieser Vision nähert sich Mecklenburg-Vorpommern Schritt für Schritt. Mit der Jury-Entscheidung zum Architekturwettbewerb für einen neuen Plenarsaal liegen nunmehr konkrete Gestaltungsvorschläge und Kostenschätzungen auf dem Tisch. Das Preisgericht hat am 25. Februar einstimmig den Entwurf des Münchner Büros „Dannheimer & Joos Architekten“ zum Sieger erklärt und zudem drei dritte Preisträger bestimmt – als deutliches Signal für das Parlament, welcher Vorschlag sowohl von den Fach- als auch den Sachpreisrichtern favorisiert wird. Die Baukosten sollen ca. 4,7 Millionen Euro betragen. Das sei nur eine Richtlinie, schränkte Jury-Chef Joachim Brennncke bei der Bekanntgabe der Sieger-Entwürfe ein. Eine Kostenexplosion sei aber nicht zu befürchten, da der Preisträger sehr schonend mit der Bausubstanz umgehe.

„Unser Ziel mit dem Neubau eines Plenarsaals ist es, Demokratie transparenter und erlebbarer zu machen. Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger besser einbeziehen, als das bisher möglich war. Der neue Plenarsaal soll modern, funktional und offen sein.“

Sylvia Bretschneider,
Präsidentin des Landtages M-V

„Der Sieger ragt heraus, weil er auf das Spezifische des Schlosses eingegangen ist, Denkmal modern interpretiert und auch die Nutzung durch den Landtag weiterentwickelt.“

Joachim Brennncke,
Präsident der Architektenkammer M-V und Jury-Vorsitzender



Fotos: Jens Büttner

v.l. Joachim Brennncke, Präsident der Architektenkammer M-V und Jury-Vorsitzender, Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider und Michael Bleyder vom BBL bei der Pressekonferenz zur Bekanntgabe der Wettbewerbs-Preisträger.

„Es gab Entwürfe, die Einzelaspekte vielleicht sogar besser gelöst haben. Der Wettbewerbssieger aber hat die beste Gesamtlösung gefunden. Seine Gestaltungsidee gewährleistet mit vertretbarem Aufwand die Funktionalität für das Parlament und schafft zugleich einen Plenarsaal mit einem eigenen Charakter, der zum Schloss und zu Mecklenburg-Vorpommern passt. Das hat die Jury – auch mit Blick auf die Welterbe-Ambitionen für das Schweriner Schloss – überzeugt.“

Armin Tebben,
Direktor des Landtages Mecklenburg-Vorpommern

Wettbewerbs-Geschichte

■ Die Entscheidung für den Architektenwettbewerb hatte die Parlamentarische Baukommission im März 2010 getroffen. Ausgelobt wurde der Wettbewerb vom Betrieb für Bau und Liegenschaften (BBL) im Auftrag des Bau-Ministeriums. Die Kosten dafür hatte der Landtag in den Doppelhaushalt 2010/2011 eingestellt. Insgesamt hatten 472 Büros aus 14 Ländern die Bewerbungsunterlagen abgerufen. Letztendlich sind nach Angaben des BBL 30 Arbeiten eingereicht worden. Einer der Entwürfe wurde nicht angenommen, weil er den Vorgaben nicht entsprach: Er sah einen Neubau im Schlossinnenhof vor.



Fotos: Jens Büttner

Gestaltungsvorschlag des Architekturbüros Unverzagt aus Wiesbaden

Die Sieger

Das Preisgeld von insgesamt 70.000 Euro wurde unter vier Preisträgern aufgeteilt. Neben dem mit 25.000 Euro dotierten ersten Preis für das Architekturbüro **Dannheimer & Joos** München wurden drei dritte Preise mit jeweils 15.000 Euro vergeben. Sie gingen an das Architekturbüro **Oliver Brünjes** Saarbrücken, an das ARGE Architekturbüro **Unverzagt** Wiesbaden sowie das Architekturbüro **Lepel & Lepel** Köln.



Gestaltungsvorschlag des Architekturbüros Lepel & Lepel aus Köln

Wie geht's weiter?

Der Wettbewerb ist erst die erste Stufe auf dem Weg zu einem neuen Plenarsaal. Die Wettbewerbsergebnisse werden zunächst in der parlamentarischen Baukommission vorgestellt. Dann wird daraus eine Beratungsvorlage für das Parlament erstellt, die Grundlage für die Beratungen in den Fraktionen sein wird. Schließlich muss der Landtag die Grundsatzentscheidung für den Neubau treffen. Selbst wenn diese noch vor der Landtagswahl fallen sollte, müsste der neue Landtag die finanziellen Mittel im Rahmen der Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt 2012/2013 einstellen. Für die Erstellung der Bauunterlagen und die Bauvorbereitung muss man nach Aussage des BBL mindestens ein Jahr einplanen. Bei einer geschätzten Bauzeit von ca. 30 Monaten könnte der neue Plenarsaal frühestens 2015 fertig sein.



Gestaltungsvorschlag des Architekturbüros Oliver Brünjes aus Saarbrücken

Foto: Dirk Lange



Der jetzige Plenarsaal war nach dem 2. Weltkrieg für den damaligen Landtag zu einem Sitzungssaal umgebaut worden und wird seit 1990 wieder für die Plenardebatten des Landtages genutzt.

Erster Schritt zum neuen Plenarsaal

Alle Wettbewerbsbeiträge ab 23. März im Neustädtischen Palais in Schwerin zu sehen

■ Seit Jahren gibt es Kritik am Tagungsraum der 71 Parlamentarier im altherwürdigen Schweriner Schloss. Abgeordnete wie in einer Schulklasse aufgereiht, mit dem Rücken zum Souverän – Besucher des Parlaments können ihren Volksvertretern nicht ins Gesicht schauen, geschweige denn ihre Zwischenrufe verstehen. Der Umzug in den benachbarten Festsaal auf der gleichen Schloss-Etage könnte Abhilfe schaffen. Aber dafür sind aufwändige Umbauarbeiten nötig. Ein schwieriges Unterfangen, ist doch das Schloss ein Denkmal, für das sogar die Aufnahme in die Welterbe-Liste der UNESCO angestrebt wird. Zudem in einem Land, das bei chronisch knappen Kassen sehr wohl überlegen muss, wofür es Geld ausgibt.

All das hatten die Architekten zu beachten, die sich am Wettbewerb zur Neugestaltung des Plenarsaales beteiligten. Am besten umgesetzt hat die Vorgaben nach Meinung der 13-köpfigen Fachjury das Architektenbüro Dannheimer + Joos aus München. Der Entwurf erfülle die funktionalen Vorgaben des Parlaments und greife zugleich kaum in die Substanz des Denkmals ein, begründete der Präsident der Architektenkammer Mecklenburg-Vorpommern und Vorsitzender des Preisgerichts, Joachim Brennecke,

das eindeutige Votum. Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider lobte die Funktionalität, die Sitzanordnung in einem Rund und die enge Anbindung der Besucher- und Journalistentribünen. „Dies entspricht unserem Ziel, Demokratie transparenter und erlebbarer zu machen“, sagte sie.

Neben dem Plenarsaal sind auch Besuchertribüne, Konferenzräume, Lobby und Funktionsräume für die Medien neu zu gestalten. Barrierefreiheit und auch Wegebeziehungen mussten beachtet werden. Die Einrichtung soll so flexibel gestaltet sein, dass auch Tagungen oder Konferenzen dort stattfinden können.

„Der alte Plenarsaal müsste in absehbarer Zeit ohnehin umfassend saniert werden“, erklärt Landtagsdirektor Armin Tebben. Brandschutz, Klimatechnik, Akustik, Barrierefreiheit – schon die technische Ausstattung genüge längst nicht den modernen Anforderungen. Zudem stoße der Raum bei fünf Fraktionen, wie sie derzeit im Landtag vertreten sind, schon von der Größe her an seine Grenzen. Für die Modernisierung des jetzigen Sitzungssaales veranschlagten Experten rund drei Millionen Euro. „Das wäre auch eine beachtliche Investition und trotzdem eine unbefriedigende Lösung“, meint der Verwaltungschef. Von insgesamt etwa sieben Millionen Euro gehen Bau- und Finanzfachleute für die Festsaal-Lösung inklusive der zugehörigen Funktions- und Zwischenräume aus. „Damit würden wir im bundesweiten Vergleich bei aktuellen Parlamentsbauten im unteren Bereich liegen“, ergänzt Armin Tebben.

Ab 23. März können sich die Wähler selbst ein Bild machen. Dann werden alle zum Wettbewerb zugelassenen Arbeiten im Goldenen Saal des Neustädtischen Palais, dem heutigen Justizministerium, in Schwerin gezeigt.

Um- bzw. Neubau von Plenarsälen in anderen Landtagen

Landtag		Baumaßnahme	Kosten
Thüringen	88 Abgeordnete	Neubau Plenarsaal 2003	9,7 Mio. Euro
Bayern	187 Abgeordnete	Umbau Plenarsaal 2004/2005 Renovierung und Umbau Senatssaal 2007/2008	9,9 Mio. Euro 6,2 Mio. Euro
Niedersachsen	152 Abgeordnete	Neugestaltung Plenarbereich Umsetzung offen	45 bis 64,5 Mio. Euro
Baden-Württemberg	138 Abgeordnete	drei Lösungsvorschläge vom Umbau bis zum Neubau Umsetzung offen	zwischen 45 und 120 Mio. Euro
Saarland	51 Abgeordnete	Sanierung des Plenarbereichs im Rahmen der Sanierung des Landtagsgebäudes	5,34 Mio. Euro

Zurück in die Zukunft

Plenarsaal als zeitgenössisches Weiterbauen des Schweriner Schlosses

■ Dort, wo sich heute der Festsaal befindet, erstreckte sich einst über drei Etagen der legendäre Goldene Saal. Nach dem verheerenden Schlossbrand 1913 wurde der prächtigste Raum der Herzogsresidenz wohl vor allem aus Kostengründen nie wieder in ursprünglicher Form hergestellt. Der Umbau zum Mehrzwecksaal in den 1970er Jahren war zum Teil mit irreversiblen Eingriffen in die Gebäudestruktur verbunden. Die Münchner Architekten lehnen sich mit ihrem Entwurf, der eine sachliche Gestaltung vorsieht, nun an den historischen Goldenen Saal an, „ohne den verlorenen Bestand zu rekonstruieren oder zu kopieren“.

Neue eigenständige Identität

Anknüpfend an die bisherige Baugeschichte, versteht der Siegerentwurf die Umgestaltung des Festsaals in den Plenarsaal als Chance, die ursprüngliche Raumkonfiguration wieder freizulegen und für die Öffentlichkeit erlebbar zu machen, „als in die Zukunft gewandtes Weiterbauen, dessen Gestaltung sich aus der Interpretation der Baugeschichte des Gebäudes entwickelt und diese zeitgenössisch fortführt“. Der Landtag im Schweriner Schloss erhalte so eine neue, eigenständige Identität, die dem heutigen Demokratieverständnis und den hohen gestalterischen und funktionalen Anforderungen innerhalb des historischen Ensembles gerecht werde.

Neuer Baustein im Schloss-Ensemble

Die Neugestaltung des Parlamentssaals begreife sich als zeitgenössische Ergänzung, als neuer Baustein des sich aus verschiedenen Epochen zusammensetzenden Schweriner Schlosses. Die Formensprache ist der Funktion und Nutzung der Räume angemessen, sie verzichtet auf den ursprünglich vorhandenen feudalen Charakter.

Parlamentsarbeit

Der Entwurf wird geleitet von der Vision, das Raumvolumen und die hochwertige Wandgestaltung wieder spürbar zu machen, ohne den verlorenen Bestand zu rekonstruieren oder zu kopieren, und dem Landtag Identität stiftend ein zeitgenössisches Erscheinungsbild zu geben, welches ein parlamentarisches Arbeiten in einem motivierenden, lichten, auf das historische Umfeld abgestimmten Raum ermöglicht.

Landtagsbesucher

Die architektonische Umsetzung biete den Besuchern ein im Vergleich zum Abgeordneten gleichwertiges Erlebnis von Schloss und Landtag. Die Besuchertribünen sind räumlich integrierter Bestandteil des Plenarsaals. Ihre räumliche Nähe zum Plenum vermittele Transparenz und Bürgernähe, die kreisförmige Anordnung der Sitze im Plenarsaal unterstreiche die moderne demokratische Haltung.

(Zitate aus der Erläuterung des Wettbewerbsentwurfs von Dannheimer + Joos Architekten München)



Der Goldene Saal des Schweriner Schlosses – Lithographie aus der Festschrift von 1857.

Die Wettbewerbs-Jury

Joachim Brenncke

Präsident Architektenkammer Mecklenburg-Vorpommern
(Vorsitzender)

Wolfgang-Michael Pax

pax brüning architekten, Hannover
(stellv. Vorsitzender)

Sylvia Bretschneider

Präsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern

Renate Holznagel

1. Vizepräsidentin des Landtages

Andreas Bluhm

2. Vizepräsident des Landtages

Hans Kreher

3. Vizepräsident des Landtages

Elke Haferburg (NDR)

Direktorin des Landesfunkhauses Mecklenburg-Vorpommern

Prof. Eun Young Yi

Yi Architects Köln

Michael Mikolajczyk

MKK Schwerin

Prof. Johann Stief

Hochschule Halle/Saale

Helge Pitz

Pitz & Hoh Berlin

Doris Nordmann

Ministerium für Finanzen Niedersachsen

Stephan Wenzl

Ministerium für Verkehr, Bau und Landesentwicklung
Mecklenburg-Vorpommern

Die Modelle und Gestaltungsideen der Wettbewerbsteilnehmer werden vom 23. März bis 5. April (nicht an den Wochenenden) im Goldenen Saal des Neustädtischen Palais (Justizministerium) in Schwerin der Öffentlichkeit präsentiert.



Der Botschafter der Republik Ungarn Dr. Josef Czukor – hier im Bild mit Vizepräsidentin Renate Holz-nagel und dem Vorsitzenden des Europa- und Rechtsausschusses Detlef Müller beim Eintrag ins Gästebuch – hat am 23. Februar den Landtag besucht und den Europa- und Rechtsausschuss über die Schwerpunkte der Präsidentschaft des Europäischen Rates unterrichtet, die Ungarn am 1. Januar übernommen hat. Auf seinem weiteren Programm standen Gespräche mit dem Präsidenten und dem Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer zu Schwerin sowie mit dem Stellvertreter der Oberbürgermeisterin und dem Finanzdezer-nenten der Landeshauptstadt Schwerin.

Der frühere Landtagspräsident Hinrich Kuessner (Mitte) wurde am 23. Februar für sein soziales Engage-ment mit dem Siemerling-Preis des Neubranden-burger Dreikönigsvereins geehrt. Die Auszeichnung überreichte Kuessners Amtsvorgänger im Landtag und Kuratoriumsvorsitzender des Dreikönigsvereins, Rainer Prachtl (r.). Insbesondere würdige man Kuessners Tätigkeit im Diakonischen Werk der Pom-merschen Landeskirche vor der Wende sowie sein ehrenamtliches Wirken im Kriminalitätsofopferverein Weißer Ring und im Verein Deutsch-Afrikanische Zusammenarbeit, begründete Prachtl die Entscheidung. Die Laudatio hielt der frühere Landesbischof der Ev.- Luth. Landeskirche Mecklenburgs Hermann Beste (l.)

(Adressfeld für Abonnenten)

Für ihr Engagement im Rahmen des Demokratie-Bündnisses „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ wurde Landtags-präsidentin Sylvia Bretschneider am 16. Januar im Schweriner Schlossparkcenter mit einem „Sympathie-Oscar“ geehrt. Die musikalische Laudatio auf „Frau Symapticus“ hielt Sebastian Krumbiegel, Sänger der Band „Die Prinzen“ und WIR- Unterstützer. Als „Herr Sympaticus“ wurde Arvid Kremer, Gründer der Mecklenburger Land-pute, ausgezeichnet. Die Verleihung der Sympathie-Oscars erfolgte im Rahmen des Neujahrsempfangs des Schweriner Schlosspark-Centers, das ebenfalls zu den WIR-Unterstützern gehört.



Foto: Reinhard Klawitter



Foto: Nordkurier

Tag der offenen Tür im Landtag M-V

Sonntag
26. Juni 2011
10.00 – 18.00 Uhr



Foto: Cornelius Kettler